INTERIMP

2 VEdH*

Wöchentliches Berlin-Info



* Verrechnungseinheiten der Herrschenden

Nr. 18 **26. August 1988**

Kampf dem Patriachat - Saufen bis zur Impotenz

Im Gegensatz zu den Sprechblasen und Parolen der Forderungen, Solidarität und Utopien steht ein immer gleichgültiger werdendes Verhalten im Umgang miteinander, wenn es um Suchtprobleme und besonders um die allseits beliebte und legale Volksdroge Alkohol geht. Wie im bürgerlichen Leben werden Süchtige so lange toleriert und akzeptiert, wie sie in ihren Gruppen und Zusammenhängen funktionieren. Erst wenn die Genossin/der Genosse zum Sicherheitsrisiko wird, ist Schluß mit der "Solidarität", die längst vorher hätte einsetzen müssen.

Alkoholkonsum ist so stinknormal, daß regelmäßiges Vollsaufen in wGs oder Gruppen jahrelang kritiklos möglich ist. Toleranz wird mehr zur Gleichgültigkeit und ein 'Kampftrinkerzelt' auf dem Kubat Δ stört höchstens uns "Moralapostel". Der Vollrausch ist die gängige Entschuldigung für alle mögliche kleinbürgerliche Scheiße von Gewalt gegen Frauen (physich und psychisch) bis zur Kneipenschlägerei etc. pp. Ein Besuch im Ex oder Elephanten zu später Stunde offenbart die Spießigkeit unserer Zusammenhänge: nach kurzer Euphorie langweiliges gelalle der ewig gleichen Sprüche, alles heult und kotzt sich aus, am nächsten Tag Schweigen.

Das einzige alkfreie Kaffee in 36 ist das Cafe im Grenzbereich in der Falkensteinstrasse (Sozialarbeiterprojekt) das Mo bis Fr von 11 bis 19 Uhr ~~geöffnet ist.~~

Begrüßenswert die Initativen vom Ex und Syndikat, bei Veranstaltungen und bestimmten politischen Anlässen keinen Alk zu verdealen. Jede Menge Kneipen (Kollektive) sind nicht in der Lage, drei Kreuze auf der Speisekarte zu machen, um mit Alkohol versetzte Speisen zu kennzeichnen, wie z.B. das Taxemoon im Wedding, das befürchtet, dann Stammkunden zu verlieren, während sich wenigstens Kuckucksei, Strings und Syndikat dazu bereit erklärten.

Ex, Kob und Syndikat wollen die Saftpreise weiterhin billig halten, was durch teilweise erhöhte Alkpreise möglich ist. Zahlt euch mehr Lohn und macht den Fusel teurer!

Hopfen und Malz hoffnungslos verloren im Elephanten, Franken, Bierhaus2, Schwarze Rose sowie bei 99,9% anderer derartiger Bei links und rechts beliebter Etablissements (siehe Gelbe Seiten, Ortsnetz Berlin-West, Ausg. 88/89, S. 657-672).

KAMPF DEM KAPITAL IST NÜCHTERN AUCH 'NE QUAL!

AUTONOME ALKOHOLIKER/INNEN SELBSTHILFE
jeden Montag ab 19 Uhr in der Ambulanz vom HEILE-HAUS,
Waldemarstr. 36, 1-36

VON-GORBATSCHOW ZU KORSAKOW

Die folgenden Fragen sind frei übersetzt nach Jellinek-s Stadieneinteilung der Alkoholkrankheit.Die Symptome können kombiniert,auch aus unterschiedlichen Phasen auftreten.

1. Trinkst du Alk,weil du Streß hast?
2. Trinkst du regelmäßig?
3. Verträgst du mehr als früher?
4. Denkst du oft an Alk?
5. Hast du manchmal ein schlechtes Gewissen,weil du schon wieder zu viel getrunken hast?
6. Trinkst du heimlich,damit es deine WG,deine Zusammenhänge,deine Beziehung nicht mitkriegen?
7. Hast du manchmal Filmrisse nach dem Saufen?
8. Hörst du nach den ersten Gläsern nicht auf,sondern säufst bis du breit bist?
9. Hast du dir schon Entschuldigungen zurecht gelegt,weshalb du säufst?
10. Kriegst du breit dauernd Zoff mit anderen?
11. Macht dich dein Alk-Konsum manchmal seelisch völlig fertig?
12. Hast du dir schon Regeln für-s Saufen aufgestellt?
13. Ist dir Kneipe/Saufen wichtiger geworden als Freunde/innen,Termine,Arbeit?
14. Bist du schon aus Zusammenhänge rausgeflogen,weil du dauernd breit bist?
15. Ist deine WG oder deine Beziehung am Alk kaputt gegangen?
16. Bist du das ärmste Schwein,die einsamste Sau überhaupt auf der Erde?
17. Hast du dir Alk-Vorräte angelegt oder versteckt?
18. Achtest du noch auf das,was du täglich ißt?
19. Warst du wegen Alk schon mal im Krankenhaus?
20. Säufst du regelmäßig morgens?
21. Hast du schon tagelang durchgesoffen?
22. Hast du an dir festgestellt,daß dein Kopf nicht mehr so richtig funktioniert?
23. Ist es dir egal geworden,ob ein Neonazi neben dir säuft, hauptsache er gibt einen aus?
24. Hast du schon mal Rasierwasser oder Brennspiritus gesoffen?
25. Verträgst du nicht mehr so viel wie früher?
26. Zitterst du morgens?
27. Mußt du morgens trocken kotzen?
28. Mußt du trinken?
29. Hattest du schon mal ein Delir?

AUTONOME ALKOHOLIKER/INNEN SELBSTHILFE

IWF - und WELTBANK-TAGUNG:

"D i e s c h w i e r i g s t e A u f g a b e f ü r d i e P o l i z e i n a c h d e m K r i e g"

Birkenbeul

Informationsveranstaltung zu Sicherheitsgesetzen, Polizeimaßnahmen vor und während der IWF- und Weltbank-Tagung, Aussageverweigerung und den Aktionstagen

Wenn im September (24.29.9.) der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank (WB) in Westberlin tagen, werden sie hier mit dem Widerstand gegen ihre ausbeuterische Politik konfrontiert.
IWF und Weltbank sind (mit-)verantwortlich für die Unterdrückung und den Hunger in den sog. "3. Welt-Ländern".
Senat, Bundesregierung und Deutsche Bundesbank unterstützen diese Tagung mit mehr als 30 Millionen DM.
Nach 750-Jahr-Feier und E-88-Rummel soll Westberlin als Kongreßmetropole und "Finanzplatz im Herzen Europas" (Rexrodt) aufgewertet werden.

Senat und Bundesregierung haben in vielfachen Äußerungen klargestellt, daß sie die Durchführung der Tagung um jeden Preis durchsetzen wollen. Der staatliche Gewaltapperat arbeitet auf Hochtouren. Es ist daher notwndig, sich bei der Planung und Durchführung von Protest- und Widerstandsaktionen GEMEINSAM auf mögliche Repressionsmaßnahmen und Gegenwehr vorzubereiten.

<u>KRIMINALISIERUNGSVERSUCHE</u>

Eine beliebte Methode seitens der Herrschenden ist es, den politischen Widerstand schon im Vorfeld von möglichen Ereignissen in der Öffentlichkeit zu kriminalisieren und in die Ecke des "Terrorismus" abzudrängen, um dann mit polizielichen Maßnahmen umso härter vorgehen zu können.
So überschlugen sich in den letzten Monaten die Schlagzeilen:
"Heißer Terror-Herbst in Berlin" (K.Exp.) - **"Terroristen kündigen Schlachtfest in Berlin an"** (Welt) - **"Anschläge auf Treffen des Währungsfons geplant?"** (St.Z.) usw.
Bereits nach dem 1. Mai 1987 und der Kreation der "Antiberliner" kündigte der Westberliner Innensenator an, die Autonomen bis zum Herbst 88 "zerschlagen" zu wollen. Sein Sprecher Birkenbeul äußerte gegenüber der'Welt': "Die Westberliner Polizei sieht sich bei den Schutzmaßnahmen für den Finanzkongreß ihrer SCHWIERIGSTEN AUFGABE NACH DEM KRIEG gegenüber."
Mit dieser Hetze und den verbalen Angriffen, die sich auf das gesamte Oppositionsspektrum der Gegenaktivitäten beziehen,sollen in der Bevölkerung die Zustimmung für die "stärksten Sicherungsmaßnahmen deutsher und allierter Behörden" propagandistisch vorbereitet und gerechtfertigt werden: "Für eine Demonstration zum Abschluß des Währungsfonds- und Weltbank-Kongreß will man etwa 10 000 Anhänger von Autonome, undogmatischen Gruppen und des terroristischen Randfeldes nach Berlin holen. Miterheblichem finanziellen Aufwand. dessen Quellen nicht bekannt sind, wollen die Be-

treiber der Kampagne auch Einwohner aus Asien,Afrika sowie Süd- und Mittelamerika für Tribunale und Hearings einladen." (WElt)

Vom Raumverbot zur Anschlagsrelevanz

Die Kriminalisierung von politischen Bewegungen, die massive Androhung von Repressionen und die dadruch versuchte Einschüchterung und Spaltung des Widerstands ist keine neue Erfindung in Zusammenhang mit dem IWF.
Tagungsverbote, Massenkontrollen, Demonstrationsverbote - z.T. ohne rechtliche Grundlage - hat es in der Geschichte der BRD schon oft gegeben. Erinnert sei an das Demonstrationsverbot 1981 in Brokdorf oder an die Massenfestnahmen im Nürnberger Kommunkationszentrum KOMM.
Der Ausbau des Überwachungs- und Polizeiapperates, die geplante Einführung des strafbewehrten Vermummungsverbotes, die Wortneuschöpfung der "anschalgsrelevanten Themen" - welches Thema ist das eigentlich nicht? - oder auch die erst 1986 beschlossene AUsdehnung des Katalogs der Straftaten, die unter den Ermittluhgsparagraphen 129a StGB (Bildung, Unterstützung und Werbung für eine terroristische Vereinigung) fallen, zeigen die Absichten des Staates , jede Form von Widerstand verhindern zu wollen.
Neben den Kriminalisierungsversuchen in den Medien wurde und wird schon jetzt - vor der IWF-Tagung- mit administrativen und polizeilichen Repressionen gegen AktivistInnen und Interessierte an der Anti-IWF-Kampagne vorgegangen:

- z.B. wurde dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen im Vorfeld ihrer Juni-Tagung in Frankfurt die Räume verweigert. Begründung: Auf der Tagung würden Gewaltaktionen gegen die IWF-Tagung geplant. Auf massiven Druck und öffentlichen Protest hin, mußte die Stadt Frankfurt die Genehmigung für die Räume erteilen.
- mit der Begründung "gefährdetes Objekt" wurde im August die antiimperialistische Stadtrundfahrt in Westberlin auf Grundlage von ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) gestoppt. Alle Pesonen wurden personalienkontrolliert und registriert

Wie im August weiterhin bekannt wurde, hat schon im Mai der Generalbundeanwalt beim Bundesgerichtshof einen Freifahrtshein für umfangreiche Massenkontrollen nach dem § 111 StPO erwirkt. Der § 111 StPO entstammt dem Arsenal der Anti-Terror-Gesetze. Auf seiner Grundlage wurden und werden an den Grenzübergangsstellen, aber auch an jedem anderen Ort Personenkontrollen durchgeführt.

Die Auseinandersetzungen am 1. Mai dieses Jahres, die wahllosen Prügelorgien, nicht nur der EbLT, das Bewußte In Kauf-nehmen Hunderter von verletzten und die nächtlichen Tränengaseinsätze am Kubat-Dreieck plus der generalstabsmäßigen geplanten Räumung waren für die Westberliner Polizei Übungen am "konkreten Objekt,Subjekt", wie sie gegen Demonstrationen, Besetzungen u.ä. vorzugehen gedenken.

POLIZEISTADT WESTBERLIN

Schon im letzten jahr anläßlich des Reagan-Besuches konnten wir erleben, was es heißt in einer Polizeistadt zu leben: Bannmeilen, alliiertes Recht, Straßensperrungen, Demonstrationsverbot, Sicherheitsüberprüfung und Datenspeicherung en masse, nächt-

liche Prügelorgien in SO 36, lassen ungefähr erahnen, was die vielbeschworenen "Sicherheitserfordernisse" während der IWF-Tagung bedeuten. Während im Bundestag die GRÜNEN aufgefordert werden, sich schon im Vorhinein von jeglicher Gewalt zu distanzieren, weden die einzelnen Maßnahmen seitens des Repressionsapperats in höchster Geheimhaltung behandelt.

Trotzdem läßt sich ungefähr beschreiben, worauf wir uns im September in Westberlin einstellen müssen:

-Versammlungs- und Demonstrationsverbote
-vorbeugende Festnahmen nach ASOG
-Verstärkte grenzkontrollen anch KFZ-Listen
-Polizeikessel und Absperrungen bestimmter Stadtbezirke
-Ausgeweitete Telefon-und Postüberwachung
-Störung der Kommunikations-/Informationsstrukturen
-Beschlagnahmung von Zeitungen,Flugblättern, etc.
-Anwendung des § 129a StGB ...

AUSSAGEVERWEIGERUNG UND SOLIDARITÄT

Um schon vor der IWF-und Weltbank-Tagung zu einer breiten Mobilisierung gegen die angekündigten und zu erwartenden Repressionen und Einschränkungen der Gegenaktivitäten beizutragen, rufen wir auf zur Teilnahme an der Großveranstaltung:

"DIE SCHWIERIGSTE AUFGABE FÜR DIE POLIZEI NACH DEM KRIEG" ??

Infoveranstaltung

Freitag, 16. Sept. 1988

ab 18.00 Uhr

TU-Audimax



Gerade vor dem Hintergrund der Kriminalisærungs- und Entsolidarisierungserfahrungen nach den Schüssen an der Startbahn-West wollen wir uns darüber auseinandersetzen,

-wie wir gemeinsam mit Repressionen umgehen können
-welche Möglichkeiten der gegenwehr es gibt
-und wie wir Öffentlichkeit herstellen können

ohne uns von unserem Widerstand abbringen zu lassen.

Dazu soll es auf der Veranstaltung folgende Beiträge geben:

Konkretes verhalten bei Demonstrationen, Festnahmen,etc. - Sicherheitsgesetze,ASOG, alliiertes Recht, Solidarität und Aussageverweigerung, Erfahrungen des Hamburger Hafenstrassenbündnis im Umgang mit Repressionen, Vorstellung der Aktionstage

Volkssport

Die IWF-Kampagne hat uns erfasst und mitgerissen!

- Darum sind wir am Donnerstag,dem 18.8.88 gemeinsam ins "Crest-Motor-Hotel" gegangen , um dort in der Eingangs= halle die Parolen: "IWF-Verhindern!" u. "Den Bankern keine ruhige Nacht" an die Wände zu sprühen. Dazu haben wir Altöl über die formschöne Sitz= garnitur gekippt,die Telefone (vor allem zu unserem eigenen Schutz) gekappt und folgendes Flugblatt an die dort Anwesenden verteilt.:

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN VOM "HOTEL U. GASTSTÄTTENGEWERBE!

Wie ihr wahrscheinlich längst wißt, findet hier in West-Berlin vom 25.-30. September '88 der Jahreskongress des "Internationalen Währungs= fonds"(IWF) und der "Weltbank" statt.
Dazu werden um die 10 000 Bankiers, Geschäftsleute, Finanzexperten und ihre Leibwächter plus Journalisten in die Stadt strömen um sich zu beraten und auszutauschen, wie sie ihre dreckigen Geschäfte noch wir= kungsvoller betreiben können.
Die Stadt wird Ende September von diesem Kongressgeschehen geprägt sein: von "Sicherheitsmaßnahmen" und Kontrollen, Absperrungen von Straßen, Plätzen und vielleicht sogar ganzen Stadtteilen,- aber auch durch Horden vergnügungshungriger Geschäftsmänner, ausgebuchten Hotels und vollen Restaurants.
Da sich diese Herrschaften gern gut bedienen und versorgen lassen, heißt das für euch im "Dienstleistungsbereich" beschäftigten, noch mehr Arbeit, Rennerei und Befehle, vielleicht sogar Überstunden und Sonderschichten.

Wir werden uns gegen diesen Kongress wehren und versuchen ihn zu verhindern.
Der IWF und die "Weltbank" sind zentrale Institutionen des inter= nationalen Kapitals,- der Banken und Konzerne.
Die, die sich zum IWF/Weltbank-Kongress treffen , sind also verant= wortlich für Hunger und Verarmung von Millionen Menschen, Zerstörung der Natur in gigantischen Ausmaßen und letztendlich auch für die Lebens u.-Arbeitsbedingungen hier.
Für uns gibt es keine Zukunft, wenn wir diese Machtverhältnisse nicht bekämpfen,- um nicht mehr für den Reichtum der "weißen Herren" zu arbeiten, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für ein selbstbestimmtes Leben !

In diesem Sinne richtet sich diese Aktion nicht gegen euch, die ihr in den Hotels und Gaststätten arbeitet, wir wollen euch vielmehr ermutigen, euren Teil zum Scheitern dieses Kongresses beizutragen, die Wut auf die ganze Plackarei dieses fremdbestimmten Lebens gegen die zu richten die daran verdienen und dafür verantwortlich sind.
Dazu gibt es gerade da wo sich die Herrschaften ausruhen und Mächtigen jede Menge Möglichkeiten, die ihr selbst am Besten kennt!

Versalzen wir ihnen die Suppe –
Für ungemachte Betten und stressige Nächte voller Alpträume für die Banker und Bosse!
Verhindern wir den IWF – Kongress Nur Mut!

Bei der Auswahl des Hotels als Ort unserer "Propaganda"= Aktion war nicht so ausschlaggebend, ob nun während des Kongresses einige Banker und Geschäftsleute mehr oder weniger dort absteigen werden. (Wir gehen allerdings davon aus, daß im Herbst alle größeren Hotels ausgebucht sind. Sondern, dieses Hotel als Beispiel für den ganzen Bereich dieser aufgeblähten Infrastruktur für Geschäftswelt und Tourismus , anzugehen.
Denn wenns nach den PLänen des Senats geht, soll West-Berlin verstärkt zur internat. Handels -u. Finanzmetropole ausge= baut werden. W-Berlin als Schaufenster des "freien Westens", als (Kultur)hauptstadt Europas, Drehscheibe des Handels mit den Ländern des RGW...Dafür sind natürlich die entsprechen= den Voraussetzungen an Infrastruktur notwendig.
Doch weit wichtiger als ein weiteres Mal die Bedeutung W-Berlins als Kongresstadt zu betonen war uns, die vielfäl= tigen Eingriffsmöglichkeiten zu zeigen, die sich daraus ergeben. Gerade im Hinblick auf den Herbst sollte uns der hochgerüstete Bullenapparat nicht den Blick auf ihre Schwächen verstellen. Denn die Kapitalärsche und ihr Anhang können sich nicht die ganze Zeit in ihren gesicherten Bürobunkern und dem abgesperrten ICC vergraben.
Sie müssen sich von Ort zu Ort bewegen (sicher nicht immer im Großkonvoi), dann wollen sich die Herren „vergnügen" und ausruhen, wollen sich entspannen und amüsieren- in Restau= rants, Nachtclubs und Kulturtempeln. Diese Ruhe sollen sie nicht bekommen. Mit etwas Phantasie lassen sich Mittel und Wege finden, zu sabotieren, zu stören, Verwirrung zu stiften. D.h.: sowohl von "außen", als auch von "innen", -wenn wir etwa in diesem Bereich arbeiten- die Herrschaften dort zu treffen wo sie nicht damit rechnen.

Lassen wir sie nicht zur Ruhe kommen!

Verfolgt sie auf Schritt und Tritt!

SPIELHALLEN IM KIEZ- AUFRUF ZUR GEWALT

NUN GIBT ES SIE WIRKLICH FAST AN JEDER ECKE UND AUCH DAZWISCHEN! WO VOR EINEM HALBEN JAHR NOCH BÄCKER, FLEISCHER, MÖBELGESCHÄFTE, BLUMENLÄDEN WAREN, WIRD NUN HINTER ZUGEKLEBTEN SCHAUFENSTERSCHEIBEN FAMILIENFREIZEITSPASS VERSPROCHEN! WO VORHER DER BLUMENLADEN SCHON 1500,- DM MIETE ZAHLTE, ZAHLT NUN DIE SPIELHALLEN GMBH 7000,- DM MIT LINKS, DENN ALLEIN EIN GELDAUTOMAT FÄHRT PRO MONAT CA. 10 000,-DM EIN! AUSSERDEM SIND EINIGE SPIELHALLEN REINE GELDWASCHANLAGEN FÜR GEWINNE AUS DROGENHANDEL UND SCHUTZGELDERPRESSUNGEN. GIBT ES IN ZEHLENDORF EINE EINZIGE SPIELHALLE ? DAFÜR GIBT ES IN KREUZBERG ÜBER 200 !
DORT WO DIE ARBEITSLOSIGKEIT, VOR ALLEM UNTER JUGENDLICHEN, AM GRÖSSTEN IST, FREIZEIT-EINRICHTUNGEN, GRÜNANLAGEN FEHLEN, FINDEN DIE PSEUDO- KOMMUNIKATIONS- HALLEN IHRE KLIENTEL. ZWAR SOLLEN LAUT STADTPLANUNGSAMT KEINE WEITEREN SPIELHALLEN IN KREUZBERG GENEHMIGT WERDEN, DOCH ES GIBT NUN MAL GEWERBEFREIHEIT, GERICHTSURTEILE ZUGUNSTEN VON SPIELHALLEN WERDEN ES BALD ZEIGEN. AUSSERDEM WERDEN DIE 200 BESTEHENDEN HALLEN DAVON AUCH NICHT WENIGER.
DARUM TUT ENDLICH ETWAS GEGEN DIESE HALLENFLUT, VERKLEBT DENEN DIE SCHLÖSSER, SCHMEISST DENEN DIE SCHEIBEN EIN, SPRÜHT, KLECKERT MIT FARBE, VERSCHÜTTET BUTTERSÄURE, WERFT DENEN STINKBOMBEN IN DEN LADEN ! TREIBT DIE SPIELHALLEN DORTHIN ZURÜCK, WO SIE VOR EINIGEN JAHREN NOCH WAREN : NEBEN DIE PUFFS UND IN DIE ABSCHREIBUNGS- ZENTREN VON BERLIN !

Absender

Kurznachricht

Mit der Bitte um:
- ○ Stellungnahme
- ☒ Erledigung/Weiterleitung
- ○ Kenntnisnahme
- ○ Prüfung
- ○ Anruf
- ○ Lieferung
- ○ Rücksprache
- ○ Rückgabe
- ○ Verbleib
- ○ Entscheidung
- ○ Unterschrift
- ○

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	für Sie zuständig/Hausapparat	Datum

Betrifft

Herzlichst

Ihr

Wolfgang Krüger

Mit freundlichem Gruß

RNK Verlags-Nr. 1700



Grizzly Karl-Josef I. beim Ausbruch

Karl-Josef I., der Bär, gehörte zur Gattung der Grizzlies und hatte auch noch andere gute Eigenschaften. Die Kinder im Kölner Zoo mochten ihn, und die Erwachsenen bemühten sich, ihn so zu sehen wie die Kinder.

Am vorletzten Freitag aber hatte das friedliche Zooleben ein Ende: Karl-Josef fiel aus der Rolle. In seinem Gehege riß er einen Baumstamm aus der Verankerung, rollte das Holz, als wäre er nicht am Rhein, sondern am Yukon River in Alaska, in den begrenzenden Wassergraben. Anschließend kletterte er auf den schwimmenden Stamm und balancierte zur Freude der Zaungäste.

Was dann passierte, widerlegt den Tierforscher Alfred Brehm, der behauptet hatte, Bären seien „geistig wenig begabt" und sogar richtig „dumm".

Karl-Josef, der in Leipzig gebürtige Bär, nahm spielerisch die Mauer seines Geheges in Angriff. Er reckte seine vier Zentner auf 2,5 Meter empor und langte zum Sims der Betonwand. Der Grizzly zog sich empor, kriegte auch das über der Mauer befindliche Gitter zu fassen und hangelte sich darüber: Der Bär war los.

Die Freiheit schien ihn zu verunsichern. Der Bär wollte erkennbar in sein fast 1700 Quadratmeter großes Freigehege zurück – doch er wußte nicht, wie. Schließlich trottete er davon, platschte durch den Flamingo-Teich und machte sich auf den Weg zu den Kamelen. Nervös war er schon, aber richtige Hektik entfalteten nur die Menschen.

„Tier frei", ertönte es aus den Lautsprechern, „wir versammeln uns am Bärengehege." Gemeint waren die Pfleger, aber auch zahlreiche der 3000 Zoobesucher trabten heran. Zoodirektor Professor Gunther Nogge rannte los, um das Betäubungsgewehr zu holen. Wärter rüsteten mit scharfer Munition auf, ein Spezialeinsatzkommando der Polizei raste, 17 Mann hoch, Richtung Zoo.

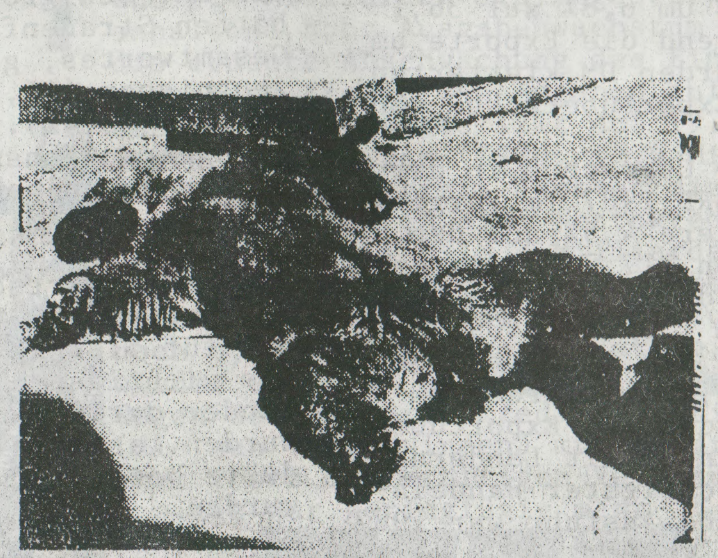
Karl-Josef, immer noch bei den Kamelen, wurde unruhig und galoppierte durch die Büsche. Ein Pfleger gab Karl-Josef die Kugel.

Zwischen dem Chef des Zoos und den trauernden Tierfreunden herrscht ohnehin eine gespannte Atmosphäre: Seit drei Jahren hat Zoodirektor Nogge das abträgliche Image, für das Verhältnis zwischen Mensch und Natur nicht das richtige Händchen zu haben.

Damals, im Oktober 1985, mußte der alte Schimpanse Petermann, 38, ein mensc[illegible]-ergebener Zoo-Bewohner, dran glauben, als er gemeinsam mit Susi, 32, ausbüxte. Der verschreckte Affe biß seinerzeit seinen Herrn, den Chef Nogge, krankenhausreif und wurde gemeinsam mit Susi füsiliert.

Petermann hinterließ eine trauernde Gemeinde. Eine Kölner Fußball-Mannschaft, immerhin Deutscher Meister unter den alternativen Kickern, tritt seither unter dem Vereinsnamen „Petermann Stadtgarten" an. Der Affe sei, sagt Spielertrainer Rainer Osnowski, „auf dem Weg in die Freiheit gestorben". Als „einer der wenigen wahren Anarchisten in der politischen Larifari-Stadt Köln" habe Petermann die „linke Faust in den Abendhimmel gereckt, als er von hinten erschossen" wurde.

Die Petermann-Kicker ernannten Karl-Josef, der einen „zutiefst sympathischen Fluchtversuch" gemacht habe, zum Ehrenmitglied. Als Sechswochenamt soll für den Grizzly ein Abschiedsspiel stattfinden.



Prügelbär im Zoo

»Oma, ich gratuliere — du bist Zeuge«, meint trocken der nervenstarke sechsjährige Enkel Robin der Berlin-Besucherin aus Essen. Zusammen mit vielen entgeisterten Zoo-Bummlern sah die 62jährige am Sonnabend nachmittag, wie ein zorniger Braunbär den 23jährigen Tierpfleger Karsten Beyer mit seinen Tatzen bearbeitete und schwer an Hals, Schultern und Rumpf verletzte. Was sie erlebte, kann die Essenerin auch Stunden danach immer noch nicht glauben: »Ich sitze auf einer Bank an dem Spielplatz hinter dem Bärenfelsen, da sehe ich plötzlich, wie ein großer Bär hinter dem Wärter herläuft. Da nehme ich Robin und meine kleine Enkelin Rona und sage 'Kommt, wir gehen hin und gucken mal, wie der Mann mit dem Bären spielt.' Zu dem Zeitpunkt wußte ich ja nicht, daß der Mann schon in Not war. Das konnte ich erst erkennen, wie ich zur anderen Seite des Wassergrabens rumkam. Als ich auf der Höhe war, hatte der Wärter sich schon bis zu diesem Graben geflüchtet. Weiter oberhalb stand ein anderer Wärter, der hat immer mit einer großen Schippe auf den Bären eingeschlagen, aber der scheint das gar nicht ges[illegible]ben. Dann sind zwei junge Männer über den Zaun bis zum Rand der Brüstung rangelaufen und haben den Mann, der in seiner Verzweiflung ins Wasser gesprungen war, an beiden Armen rausgezogen.«

Den Namen des Übeltäters unter den vier Braunbären auf der Felsenanlage (ältester: Jahrgang 1928, jüngster: Jahrgang 1981) wollte der diensthabende Zoo-Assistent Dr. Peter Rahn indes auch gestern nicht verraten. Rahn: »Dann richtet sich der Volkszorn nachher gegen ein Tier, das im Grunde genommen gar nichts dafür kann, daß ein Mensch einen Fehler gemacht hat.« Der Tierpfleger habe es nämlich versäumt, genau genug nachzugucken, welche Bären in den Käfigen im Felsen und welche draußen auf der Freianlage davor waren. So sei der Bär überraschend aus einer Luke im Felsen gekommen, als der Pfleger gegen 14 Uhr das Gehege gerade zum Saubermachen betreten hatte. Der Zoo-Assistent: »Da gab es bei dem Tier dann vielleicht eine Schreckreaktion. Wenn Ihnen einer ins Kreuz fällt, drehen Sie sich auch um und latschen dem ein paar. Normalerweise sind Braunbären in der Gefangenschaft aber recht friedlich.«



EINZELHANDEL MELDET STÄRKSTES WACHSTUM SEIT 10 JAHRE

Der Einzelhandelumsatz ist in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres stärker als jemals zuvor in den letzten 10 Jahren. Der Umsatz sei im ersten Halbjahr gegenüber dem Vergleichzeitraum des Vorjahres um 4,8% auf 272,4 Millarden DM gestiegen. Preisbereinigt entspreche dies einem Plus von 4,3%. Eine Umsatzzunahme in dieser Höhe war zuletzt 1977 erreicht worden.
Besonders stark legte der Automobilhandel zu, der seinen Umsatz um 6,2% steigerte. Beim Einzelhandel im engeren Sinne reichte die Umsatzentwicklung von plus 3,4% im Geschäft mit Textilien, Bekleidung, Schuhen sowie Lederwaren bis plus 8,3% im Handel mit Einrichtungsgegenständen.

Mehr Konsum auf Kredit

] Die Konsumkonjunktur wird wieder mehr mit Krediten finanziert. Nach der Bundesbank-Statistik steigerten wirtschaftlich unselbständige Privatpersonen, das sind überwiegend Arbeitnehmer, ihre Verbraucherkredite (ohne Wohnungsbau) im ersten Halbjahr 1988 um 3,6 Prozent auf 207,9 Mrd. DM. Im ersten Halbjahr 1987 hatten die Kredite um 2,6 Prozent auf 193,7 Mrd. DM zugenommen. Größten Anteil am Verbraucherkredit haben die Sparkassen mit 38,5 Prozent (erstes Halbjahr 1987: 38,3 Prozent). Banken gaben 31,7 (32,2) Prozent, Genossenschaftsinstitute 27,4 (27,3) und sonstige Institute 2,4 (2,2) Prozent der Kredite.

BRD AUßENHANDELBILANZ STEIGT WEITER

Die Wirtschaft der BRD erzielt im Handel mit anderen Staaten weiter steigende Exportüberschusse. Der Wert der Importe stieg im Juni gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 6,8% auf 36,1 Milliarden DM, während die Exporte um 19% auf 50,3 Milliarden DM kletterten. Das bedetet einen Exportüberschuß von 14,2 Milliarden DM.
Insgesamt stieg der Überschuß in der Handelsbilanz der BRD 1987 im Vergleich zum Vorjahr um weitere 4,5% auf den neuen Rekordwert von 117,7 Milliarden DM- Ausschlagebend dafür war ein Rückgang der Importe um 1,0% auf 409,7 Milliarden DM, während die Exporte sich nur um 0,2% auf 527,4 Milliarden DM erhöhten. Fast 53% des BRD-Exportüberschußes wurde im Handel mit Ländern dder EG erzielt. Wichtigster Handelspartener bei Ein- und Ausfuhr war 1987 Frankreich.
Im internationalen Maßstab war die BRD 1987 wieder das Land mit dem größten Export. Platz 2 und3 hielten die USA miot 455,2 und Japan mit 412,6 Milliarden DM. Den größten Anteil am BRD-Export hatten Straßenfahrzeuge mit 18,7% des Gesamtwertes, gefolgt von Maschinenerzeugnissen (15,3%) und chemischen Produkten (13,4%).
Im Agraraußenhandel hatte die BRD 1987 wieder einen hohen Einfuhrüberschuß, der mit 25,4 Milliarden DM allerdings geringer ausfiel als in den Vorjahren. Ernährungswirtschaftliche Güter wurden im Wert von 26,4 Milliarden exportiert und für 51,8 Milliarden importiert. Die wichtigsten Handelspartner waren Länder der EG und die USA. Aus den USA wurden fast dreimal so viel Agrarprodukte bezogen, wie dorthin geliefert wurden.



BRD-REGIERUNG VERBUCHT ERNEUT HOHES DEFIZIT

Die gunstiger als erwartet verlaufende Konjunktur wird Bund, Ländern und Gemeinden nach Einschätzung von Bundesfinanzminister Stlotenberg in diesem Jahr Steuermehreinnahmen im Milliartdenhöhe bescheren. Er äußerte die Erwartung, daß die zusätzlichen Steuereinnahmen die Neuverschuldeung des Bundes in diesem Jahr "ein Stück unter 40 Milliarden DM" sinken ließen. Mit der Verabschiedung des Haushaltentwurfes 1989, samt Streichungen im Sozialbereich und Seuererhöhungen, erhofft sich die BRD-Regierung ein Defizit von 30 Milliarden DM.

PRIVATISIERUNG BRACHTEN 6,6 MILLIARDEN DM IN BUNDESKASSE

Die BRD-Regierung hat mit dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen seit 1982 rund 6,6 Milliarden DM eingenommen. Der Bund trennte sich in dieser Zeit von 309 seiner ursprünglich 808 Unternehmensbeteiligungen. Damit lägen die Privatisierungserlöse deutlich unter denen in Grßbritanniern (75 Milliarden DM) oder in Frankreich (20 Milliarden DM). Allerdings sei das Privatisierungspotential des Bundes auch erheblich geringer, da es im Gegensatz zu diesen beiden Ländern in der BRD nach dem Krieg keine umfassende Verstaatlichungswelle gegeben habe.

NEUVERSCHULEDUNG DER BUNDESLÄNDER STIEG WIEDER HÖHER

Die Neuverschuldung der Bundesländer hat sich 1987 zum ersten Mal seit Jahren wieder kräftig erhöht und ist auf 13,7 Milliarden DM angewachsen.
Danach gaben die Länder insgesamt 252,3 Milliareden DM aus; das sind 3,9% mehr als im Vorjahr und 0,9 Milliarden DM mehr als in den Haushalten vorgesehen. Die Ausgabenrate des Bundes lag im Vergleich dazu bei 2,9%. Gleichzeitig flossen 232,9 Milliarden in die Länderkassen, 3,3% mehr als im Haushlatsjahr 1986 und 1,4 Milliarden als angesetzt. Das anhaltend hohe Ausgabenwachstum und die erneute Abschwächung des Einnahmenzuwachses ließen den Angaben zufolge das Ginanzierungsdefizit auf 19,4 Milirrden ansteigen (1986: 17,4 Milliarden). Dieses Defizit deckten die Länder überwiegend durch eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 18,7 Milliarden DM (1986: 16,8 Milliarden). Die Kreditfinanzierungsquote, die im Jahr zuvor noch 6,9% betragen hatte, stieg damit wieder auf 7,4% an.
Wegen der besseren Kreditkonditionen (die nun verschwinden) mußten die Länder aber trotz des kräftigen Verschuldungsansiegs nur geringfügig mehr an Zinsen zahlen.

FÜR FRAUEN TUT'S DIE HALBE ARBEITSLOSENKNETE AUCH!

Arbeitslose Frauen, die vorher voll beschäftigt waren und wegen der Betreuung ihrer Kinder nur noch eine Halbtagsbeschäftigung ausüben wollen, können auch nur das halbe Arbeitslosengeld beanspruchen. Das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, es sei nicht zwingend, die Geldleistung in vollem Umfang anch den vorausgegangenen Beträgen festzusetzen. Das Arbeitslosengeld gelte als Lohnersatz.

SELBER SCHULD: ARBEITSLOSE VERSCHENKEN VIEL GELD

Arbeitslose verzichten nach Schätzungen des DGB aus Unwissenheit und Scham auf jährlich bis zu einer Mrd. Mark an Sozialleistungen. Nur jedeR zweite Anspruchberechtigte nehme Sozialhilfe und Wohngeld tatsächlich in Anspruch. Der Sprecher des DGB beklagte, die neue Armut sei in den letzten Jahren weiter gestiegen. Nach neueren Untersuchungsergebnissen seien nahezu jede zweite ALLEINERZIEHENDE FRAU und jeder zweite Familienvater, der länger als ein Jahr arbeitslos sei, vershculdet. Im vergangenen jahr mußten die Arbeitsämter 157.000 Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse und gut 87.000 "freiwillige" Abtretungserklärungen von Arbeitslosen bearbeiten.



Bundesasozialgericht sprach

In einem "Musterproßez" hat das Bundessozialgericht in Kassel entschieden,daß das Arbeitsamt das **Arbeitslosengeld für 8 Wochen sperren darf**,wenn der/die Arbeitslose seine/ihre Arbeitslosigkeit " ohne wichtigen Grund selbst herbeigeführt hat".Davon ist nach der höchstrichterlichen Feststellung dann auszugehen, wenn der/die MalocherIn sein Arbeitsverhältnis selbst gekündigt oder durch eine Vereinbarung mit dem Boss aufgelöst hat.Damit wies das Bundessozialgericht in **letzter Instanz** die Klage eines türkischen Malochers ab,der bei einer Gebäudereinigungsfirma beschäftigt warund den Job durcheinen Auflösungsvertrag mit dem Arbeitgeber beendete,weil er für einige Zeit in die Türkei zurückkehren wollte.In der ersten und zweiten Instanz hatte er mit der Klage gegen die Sperrfrist Erfolg-aber nun ist es durch,Scheiße!

LAMBSDORFF (FDP): FRAUEN UND BEHINDERTE WEITER ENTRECHTEN

Der Skandalgraf Lambsdorff hat gefordert, im Interesse der Erwerbslosen(!) die Kündigungsschutzbestimmungen zu lockern. Zum Beispiel seien das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und der Kündigungsschutz für Behinderte unmittelbare Einstellungshemmnisse. Ähnliches gelte für die Ausgestaltung der Sozialpläne.
Ganz richtig vermutet Lambsdorff, daß seine Position in dieser Frage unpopulär sei und auf "wütenden Widerstand" stoßen werde.

IMMER MEHR WOLLEN IMMER WENIGER ARBEITEN

Immer mehr BundesbürgerInnen halten einer Meinungsumfrage zufolge eine umfassende Verkürzung der Arbeitszeit für ein gheeignetes Mittel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wie das Infas-Institut mitteilte, waren 43% der Befragten der Ansicht, daß damit neue Stellen geschaffen werden könnten. Weitere 41% sahen darin einen Weg zu verhindern, daß noch mehr Menschen arbeitslos werden. Nur 13% befürchten eine Verschlechterung der Beschäftigungssituation.

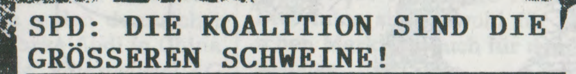
Geändert haben sich auch die Ansichten über die Form kürzerer Arbeitszeiten, die 35-Stunden-Woche hat mehr Anhänger gefunden. Ein früherer Ausstieg aus dem Berufsleben ist den Angaben zu folge jedoch nach wie vor am populärsten.

SPD WILL UNTERNEHMER KNUTSCHEN

Das Präsidiumsmitglied der SPD Peter Glotz (das ist der, der die Alternativen so liebt!) hat seine Partei aufgefordert, ihre wirtschaftspolitischen Strategien zu ändern und ein positives Verhältnis zu den Unternehmern zu entwickeln. Kurz vor dem Parteitag der Sozialdemokraten in Münster sagte Glotz, die alte Prognose, die ganze Wirtschaft werde konzentriert und von einem Unternehmer mit Zylinder und Zigarre dirigiert, habe sich als falsch erwiesen. Es gebe keine funktionierende Wirtschaft ohne unternehmende Unternehmer (hat er echt gesagt!) Glotz erklärte: "Gorbatschow hat das begriffen. Der entscheidende Punkt ist, daß sich die SPD ein positives Verhältnis zu diesen unternehmenden Unternehmern erarbeitet".
Glotz weiter: "Wir haben sektorale Marktsättigung, wir haben Absatzschwierigkeiten internationaler Art. Und wir haben dadurch den Anreiz, die Geldvermögensbildung zu intensivieren und die Sachkapitalbildung zurückzufahren. All das verlangs neue Strategien in der Wirtschaftspolitik. Und da liegen die Defizite der SPD.

T-SHIRTS FÜR LEIHARBEITER

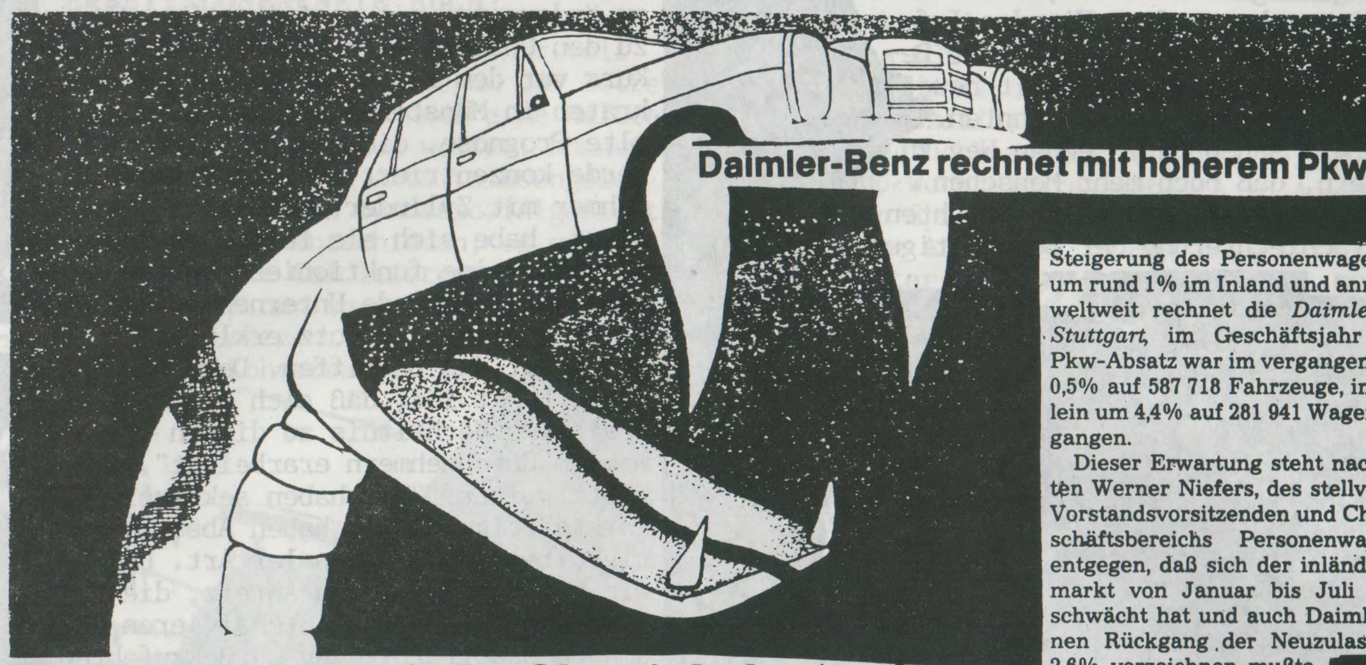
Die Not von Arbeitslosen wird nach Angaben des NRW-Arbeitsministers Heinemann von sogenannten Sub-Unternehmern immer wieder skrupellos ausgenutzt. Heinemann veröffentlichte in der vergangenen Woche die Bilanz der mobilen Einsatztruppe des Gewerbeaufsichtsamtes Duisburg, die seit zweieinhalb Jahren landesweit nach illegaler Leiharbeit fahndet. Bei ihren Untersuchungen haben sie unter anderem Leiharbeiter getroffen, die nur mit Naturalien entlohnt worden seien. Teilweise seien sie mit T-Shirts und mit Schrott bezahlt worden. Anderen Arbeitnehmern seien als Entgeld Kartoffeln und Schweinehälften angeboten worden. Die Bundesregierung, die die Leiharbeit erst richtig salonfähig gemacht habe, trage an dieser Entwicklung eine Mitverantwortung, meinte Heinemann.



SPD: DIE KOALITION SIND DIE GRÖSSEREN SCHWEINE!

Die Koalition plant nach Angaben der SPD eine Kürzung des Arbeitslosengeldes für jüngere Arbeitslose. Insgesamt wollten fas 1,3 Mrd. Mark bei den Arbeitslosen und Versicherten zur Finanzierung der Stuerreform abkassiert werden. So sei vorgesehen, die Höchstanspruchsdauer auf Unterstützung für Arbeitslose unter 20 Jahren auf sechs Monate, die für 20 bis 25-jährige auf neuen Monate zu kürzen. Ferner seine massive Einschnitte in die Fortbildung und Umschulung vorgesehen. Man erwarte die Bekanntgabe dieser Entscheidungen anch der parlamentarischen Sommerpause.

AUTOINDUSTRIE · AUTOINDUST



Daimler-Benz rechnet mit höherem Pkw-Absatz

Mit einer Steigerung des Personenwagen-Absatzes um rund 1% im Inland und annähernd 2% weltweit rechnet die *Daimler-Benz AG, Stuttgart*, im Geschäftsjahr 1987. Der Pkw-Absatz war im vergangenen Jahr um 0,5% auf 587 718 Fahrzeuge, im Inland allein um 4,4% auf 281 941 Wagen zurückgegangen.

Dieser Erwartung steht nach den Worten Werner Niefers, des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden und Chefs des Geschäftsbereichs Personenwagen, nicht entgegen, daß sich der inländische Automarkt von Januar bis Juli 1988 abgeschwächt hat und auch Daimler-Benz einen Rückgang der Neuzulassungen um 2,6% verzeichnen mußte.

Zudem entwickelt sich nach Niefer der Absatz in den USA besser, als dies in Anbetracht des starken Dollarkursverfalls, der zu überdurchschnittlichen Preiserhöhungen gezwungen habe, und der Börsenkrise des vergangenen Jahres erwartet worden sei. Mit einem Absatzverlust von nur 3% hat Daimler-Benz dort im ersten Halbjahr unter den europäischen Importeuren am besten abgeschnitten. Anhaltend stark verläuft nach Niefer das Pkw-Geschäft im restlichen Westeuropa (+10% im ersten Halbjahr) sowie vor allem in Japan (+16%)

Daimler holt Bronze in der Olympiade der Autobauer

Chrysler und Ford an der Spitze — Volkswagen an zehnter Stelle

Unter den zwölf führenden Autoherstellern der Welt sind die US-Produzenten Chrysler und Ford finanziell am gesündesten. Erst mit weitem Abstand folgen Daimler-Benz, Toyota, BMW und Fiat. Zu diesem Schluß kommt eine von der weltweit tätigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen und dem Wirtschaftsmagazin „Capital" gemeinsam erstellte Analyse. Sie basiert auf einer nach Prioritäten gewichteten Gegenüberstellung von insgesamt zehn Kennziffern: Eigenkapitalquote, Liquidität, Schuldentilgungspotential, Wachstumsrate, Absatztempo, Investitionsquote, Umsatzrendite, Durchschnittsrendite, Eigenkapitalrendite und durchschnittliche Gesamtkapitalrendite.

Danach lag die Chrysler Corp. (Detroit) um 45,8 Prozent über dem Durchschnitt aller ermittelten Werte und hält damit eindeutig die Spitzenposition. Die Ford Motor Co. (Dearborn) kommt auf plus 39,8 Prozent. Der Stern der deutschen Automobilindustrie, die Daimler-Benz AG (Stuttgart), präsentiert sich mit 20,3 Prozent über dem Branchenschnitt auf dem dritten Rang und damit ebenfalls in ausgezeichneter Verfassung. Der größte japanische Autohersteller, die Toyota Motor Corp. (Toyota City), kommt mit plus 20,1 Prozent auf dem vierten Platz.

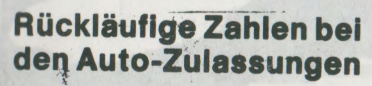
Der mit Abstand kleinste der angetretenen Autoproduzenten, die Bayerische Motoren Werke AG (München) bestätigt mit einem fünften Platz (plus 18,3 Prozent) — vor der Fiat S.p.A. (Turin) mit 16,8 Prozent — seine zur Zeit hervorragende Marktsituation auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Deutschlands größter Autoproduzent, die Volkswagen AG, muß sich dagegen mit einem nicht gerade ermunternden drittletzten Platz (minus 23,2 Prozent) zufrieden geben. Die Analyse macht die andauernde Ertragsschwäche des Wolfsburger Konzerns für dieses Ergebnis verantwortlich.



KONZENTRATIONSPROZE: IN REIFENINDUSTRIE SETZT SICH FORT

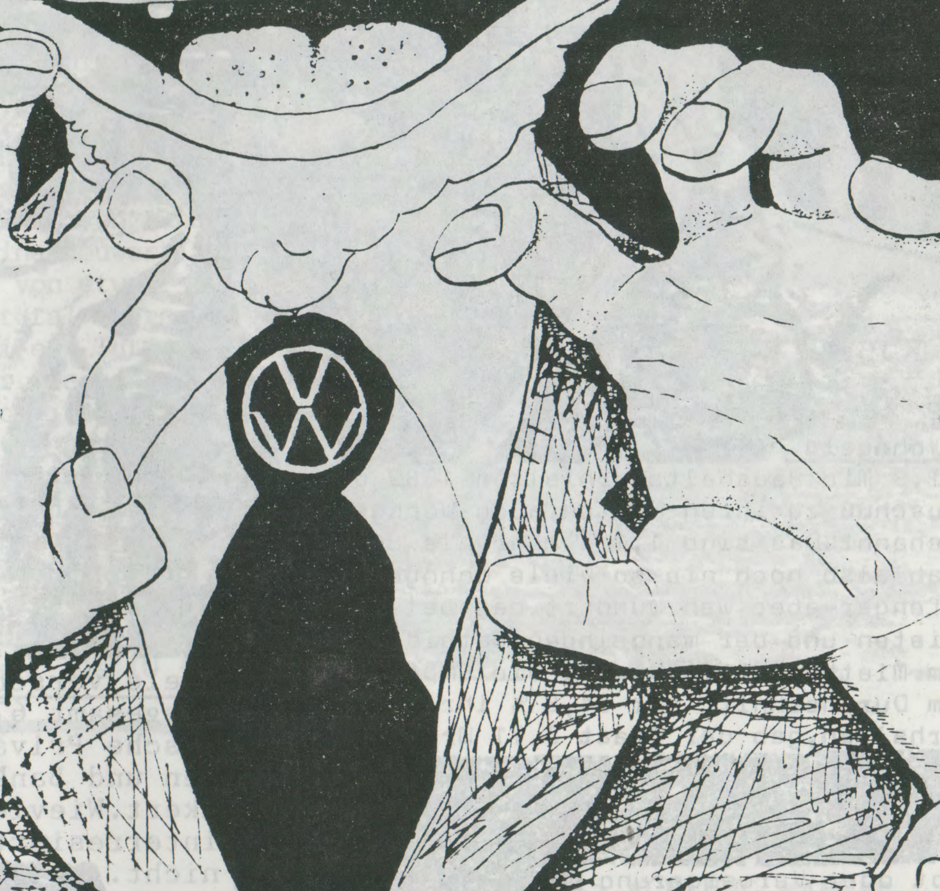
Im Konkurrenzkampf auf dem Reifenmarkt werden nach Ansicht von Goodyear-Präsident Robert Mercer am Schluß nur 3 oder 4 große Konzerne übrigbleiben. Der Chef des weltgrößten Reifenkonzerne sagte der Konzentrationsprozeß werde sich künftig in bescheidenerem Rahmen fortsetzen. "er ist zwar fast abgeschlossen, aber ich meine doch, daß sich noch einiges tun wird". Mercer meinte "daß Goodyear, Bridgestone und Michelin unter den Uberlebenden sein werden". Firmen wie Dunlop oder Pirelli müßten sich vielleicht noch einen Platz erobern, ohne Continental zu erwähnen. Goodyear denke im Moment nicht daran, weitere Firmen aufzukaufen, wolle aber neue Werke in Kanada und Südkorea errichten sowie die Kapazität der vorhandenen Produktionsstätten ausbauen.

Continental hatte im vergangenen Jahr nach dem Erwerb der amerikanischen Reifenfirma General Tire seinen Umsatz um 45% auf 5,1 Milliarden DM gesteigert. Für das laufende Jahr hat die Firma einen weiteren Zuwachs auf 7,8 Milliarden DM vorausgesagt. Goodyear erzielte 1987 einen Umsatz vom mehr als 18 Milliarden DM.



Rückläufige Zahlen bei den Auto-Zulassungen

Flensburg (Reuter) – In der Bundesrepublik Deutschland sind im Juli deutlich weniger Autos als im entsprechenden Vorjahrsmonat und Vormonat zugelassen worden. Das Kraftfahrtbundesamt teilte in Flensburg mit, im Berichtsmonat hätten 259821 Kraftfahrzeuge erstmals die Verkehrserlaubnis erhalten. Das seien 13,7 Prozent weniger als im Juni und 12,9 Prozent weniger als im Juli 1987. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres seien 1,91 Millionen fabrikneue Fahrzeuge angemeldet worden, 2,7 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Unter den Neuzulassungen befanden sich nach Angaben der Behörde 1,713 (1,77) Millionen Personenwagen. Fast jedes dritte (30,6 Prozent) benzinbetriebene Fahrzeug habe die strenge US-Abgasnorm erfüllt.



Bundeswehr-Auftrag für Daimler-Benz und VW

Die Bundeswehr will 12 000 Mercedes-Geländewagen der *Daimler-Benz AG, Stuttgart,* sowie 8000 andere Autos und Transporter von der *Volkswagen AG, Wolfsburg,* kaufen. Wie der zuständige Sprecher im Verteidigungsministerium sagte, stehe diese „hausinterne Grundsatzentscheidung" noch unter parlamentarischem Vorbehalt. Die Beschaffungsvorlage werde im Herbst den zuständigen Bundestagsausschüssen zugeleitet. Den Wert des Auftrags wollte er nicht angeben. Dazu sei es noch zu früh. Der Mercedes-Geländewagen, der von 1989 bis 1995 an die Bundeswehr ausgeliefert werden soll, kostet in der geringsten Ausstattung etwa 50 000 DM.

Bei Opel sollen 5200 Arbeitsplätze wegfallen

– Bei der *Adam Opel AG, Rüsselsheim,* sind insgesamt 5200 Arbeitsplätze gefährdet. Die Düsseldorfer Beratungsgesellschaft McKinsey empfiehlt in ihrer dem Unternehmen inzwischen vorliegenden Gemeinkostenwertanalyse die Streichung von rund 2700 Planstellen, davon 1400 im Rüsselsheimer Stammwerk. Weitere 2500 der insgesamt 53 000 Arbeitsplätze könnten wegfallen, wenn Pläne zur Verbesserung der Fertigungstiefe verwirklicht werden und dadurch die Eigenfertigung von Vorprodukten wegfiele. Wegen der Personaleinsparungen stehen nun Gespräche mit dem Betriebsrat und mit Lieferanten an, sagte ein Opel-Sprecher.

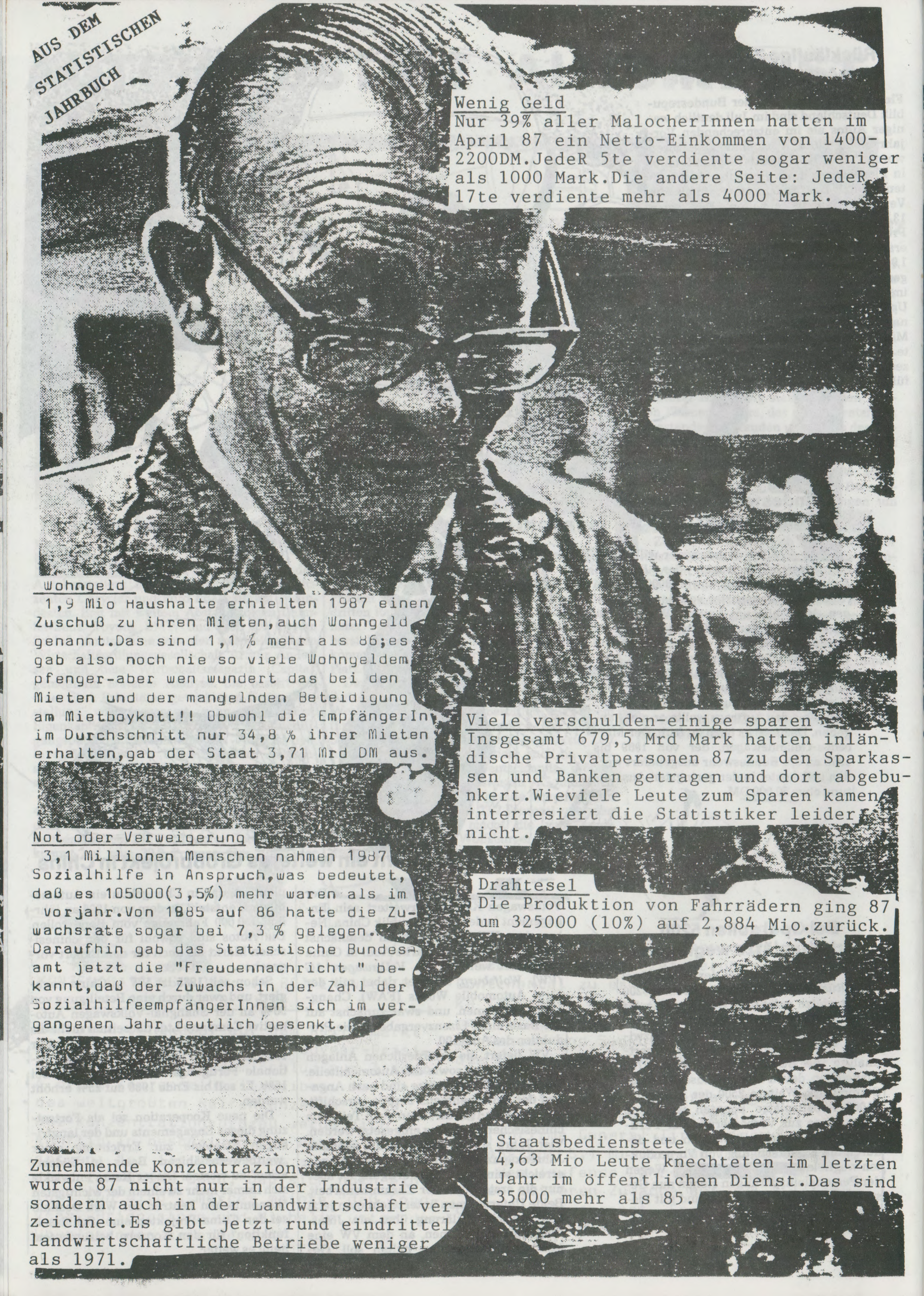
Volkswagen plant ein weiteres Großprojekt in China

Der Volkswagen-Konzern erweitert sein Engagement in der Volksrepublik China. Neben dem VW-Santana sollen demnächst auch Fahrzeuge der Marke Audi in China produziert werden. Die *Volkswagen AG (VW), Wolfsburg,* arbeitet dabei mit der First Automobile Works (FAW), Changchun, zusammen, und zwar zunächst auf der Basis einer Lizenzvergabe für die Produktion des Audi 100.

VW liefert die erforderlichen Anlagen und Werkzeuge sowie die Automobilteile. Die ersten 500 Teilesätze sind nach Angaben des Unternehmens bereits verschifft. Von Oktober 1988 an sollen auch Teile aus chinesischer Fertigung eingesetzt werden. Vier Jahre später, 1992, soll die geplante Jahreskapazität von 30 000 Fahrzeugen erreicht sein. Die Lizenzfertigung ist aber nur die erste Stufe der Zusammenarbeit. Beide Unternehmen unterzeichneten jetzt eine Absichtserklärung über ein Joint-Venture-Unternehmen, an dem VW eine Minderheitsbeteiligung halten soll. Geplant ist, daß in Changchun ein Automobilwerk entsteht, in dem von 1996 an jährlich 150 000 Fahrzeuge vom Band rollen. Die Autos sind sowohl für den chinesischen Markt als auch für den Export vorgesehen.

Schon seit 1985 ist VW in China engagiert, und zwar durch eine Beteiligung von 50% an der Shanghai-Volkswagen Automotive Company Ltd., die seither mehr als 32 000 VW-Santana produziert hat. Für 1988 sind 15 000 Santana geplant. Der nationale Fertigungsanteil liegt derzeit bei 15%. Er soll bis Ende 1988 auf 25% erhöht werden.

Die neue Kooperation sei als Fortsetzung dieses Engagements und der langfristigen Strategie zur Errichtung einer „wettbewerbsfähigen Basis in Südostasien" zu werten. Dieser Raum entwickle sich immer mehr zu einem der wichtigsten ökonomischen Zentren der Welt. Deshalb sei den China-Projekten eine „Schlüsselfunktion" für den Konzern beizumessen, heißt es weiter.



AUS DEM STATISTISCHEN JAHRBUCH

Wenig Geld
Nur 39% aller MalocherInnen hatten im April 87 ein Netto-Einkommen von 1400-2200DM.JedeR 5te verdiente sogar weniger als 1000 Mark.Die andere Seite: JedeR 17te verdiente mehr als 4000 Mark.

Wohngeld
1,9 Mio Haushalte erhielten 1987 einen Zuschuß zu ihren Mieten,auch Wohngeld genannt.Das sind 1,1 % mehr als 86;es gab also noch nie so viele Wohngeldempfenger-aber wen wundert das bei den Mieten und der mangelnden Beteidigung am Mietboykott!! Obwohl die EmpfängerIn im Durchschnitt nur 34,8 % ihrer Mieten erhalten,gab der Staat 3,71 Mrd DM aus.

Viele verschulden-einige sparen
Insgesamt 679,5 Mrd Mark hatten inländische Privatpersonen 87 zu den Sparkassen und Banken getragen und dort abgebunkert.Wieviele Leute zum Sparen kamen interresiert die Statistiker leider nicht.

Not oder Verweigerung
3,1 Millionen Menschen nahmen 1987 Sozialhilfe in Anspruch,was bedeutet, daß es 105000(3,5%) mehr waren als im Vorjahr.Von 1985 auf 86 hatte die Zuwachsrate sogar bei 7,3 % gelegen. Daraufhin gab das Statistische Bundesamt jetzt die "Freudennachricht " bekannt,daß der Zuwachs in der Zahl der SozialhilfeempfängerInnen sich im vergangenen Jahr deutlich gesenkt.

Drahtesel
Die Produktion von Fahrrädern ging 87 um 325000 (10%) auf 2,884 Mio.zurück.

Staatsbedienstete
4,63 Mio Leute knechteten im letzten Jahr im öffentlichen Dienst.Das sind 35000 mehr als 85.

Zunehmende Konzentrazion
wurde 87 nicht nur in der Industrie sondern auch in der Landwirtschaft verzeichnet.Es gibt jetzt rund eindrittel landwirtschaftliche Betriebe weniger als 1971.



ALTE MELDUNG, ABER WICHTIG:

Bei einem Brandanschlag auf zwei Baufahrzeuge an der Neubaustrecke der Bundestraße 33 zwischen Allensbach und Markelfingen am Bodensee ist vor zwei Wochen Sachschaden von über einer halben Million entstanden. Dir Kriminalpolizei Konstanz geht davon aus, daß dieses Attentat in Zusammenhang mit verschiedenen ähnlichen Anschlägen steht, die in der Vergangenheit im Bodenseeraum verübt wurden. Beim Weiterbau der Bodenseeautobahn A81 in Richtung Schweizer Grenze hatte es immer wieder Zwischenfälle gegeben, hinter denen die Polizei Gegner des Autobahnbaus vermutet. Ein Muldenkipper im Wert von rund 300.000 Mark sowie eine neuwertige Planierraupe im Wert von etwa 250.000 Mark seinen total ausgebrannt. Betroffen sei ein Tuttlinger Bauunternehmer, dessen Fahrzeuge auch Zielscheibe der bislang spektakulärsten Anschlagsserie im Kreis Konstanz waren. Dabei waren im Januar auf einen drei Kilometer langen Neubauabschnitt der A81 14 Baumaschinen mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angezündet worden. Der Schaden betrug mehr als 10 Mio. Mark.

NOCH WILDE EHEN

Nach Ansicht der Mainzer Professorin Schwenzer bestehen insbesondere im **Kindschaftsrecht** garvierende und mit dem vorhandenen Instrumentarium nicht zu lösende Probleme. Dies gelte schon für die rechtliche Zuordnung des Kides zu dem mit der Mutter zusammenlebenden Vater, wenn die Mutter zum Zeitpunkt der Geburt noch mit einem anderen Mann verheiratet sei. In diesem Fall gilt das Kind rechtlich als Kind des Ehemannes. Probelme ergäben sich ach wenn das Kind nichtehelich ist, dann stehe die elterliche Sorge für das Kind allein der Mutter zu. Im Kindschaftsrecht bestehe, so meint die Frau allen Ernstes, ein vordringlicher gesetzgebnerischer Handlungsbedarf.

SPD-RECHTSHEARING: ACHTUNG MÄNNER DAS MATRIARCHAT KOMMT WIEDER!

Mehr Rechtssicherheit für Ehen ohne Trauschein, vor allem für "wilde Ehen" mit Kindern, fordern SPD und zahlreiche Rechtsexperten. Bei einer zweitägigen Expertenanhörung zum Thema "Zusammenleben ja - Trauschein, nein" bezeichnete die stellvertretende SPD-Fraktionsvositzende Renate Schmidt die bestehenden Gesetze als unzureichend. Die "unangemessene Privilegierung der Ehe" ziehe sich wie ein roter Faden durch alle Steuer- und Leistungsgesetze. Im STeuerrecht müsse deshalb der **Tatbestand Kind** und nicht der **tatbestand Ehe** in dem Mittelpunkt gestellt werden. Schätzungen zufolge leben in der Bundesrepublik mindestens 2,5 Mio. Unverheiratete zusammen.

BOYKOTTIERT UND SABOTIERT " ISRAEL " !

wir rufen hier zum boykott " israels " auf. der boykott ist für uns eine konsequenz unserer solidarität mit den kämpfen der palästinenser um befreiung und selbstbestimmung und eins der mittel, den volksaufstand praktisch zu unterstützen. im folgenden wollen wir ihnen/euch schildern, warum wir zum boykott " israels " aufrufen. boykott heißt z.b. hier im supermarkt speziell keine jaffa-produkte wie grapefruits und orangen, carmel-produkte wie avocados und fruchtsäfte und hitchkok-fruchtsäfte zu kaufen, d.h. aber auch, keine reisen an die "schönen strände " israels " zu machen und keine arbeit im kibbuz zu leisten.



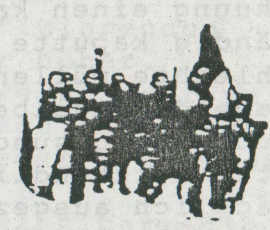
ZUR GESCHICHTLICHEN ENTWICKLUNG:

mit der gründung der ersten zionistischen siedlungen im jahre 1882 begann faktisch der kolonialisierungsprozess palästinas. das ziel der zionistischen bewegung war und ist, einen eigenem " reinjüdischen" staat in palästina zu errichten.
in der belfour deklaration, die 1917 veröffentlicht wurde, wurde das interesse undziel, eine " heimstätte für das jüdische volk in palästina " zu schaffen, grundlegend festgeschrieben. diese erklärung war (damals) ausdruck der interessenverpflechtung und zusammenarbeit zwischen dem zionismus und dem britischen kolonialismus. der hintergrund für die britische unterstützung war die ökonomische, politische und geostrategische bedeutung der arabischen region. ein zitat des britischen generalstabs unterstreicht nochmal dieses interesse: " die schaffung eines jüdischen pufferstaates in palästina, auch wenn dieser staat ansich schwach wäre, würde für großbritanien vom strategischen standpunkt aus, wünschenswert sein...". haupteckpfeiler dieser politik, übrigens genauso wie in südafrika, war/ist die rassistische politik der getrennten entwicklung, was heißt, daß die jüdischen einwanderer von anfang an wirtschaftlich und bezogen auf die wohngebiete von der palästinensischen bevölkerung getrennt wurden. obwohl sich das palästinensische volk schon damals mit allen ihm zur verfügung stehenden mitteln gegen die kolonialisierung seines landes wehrte, gelang es den zionisten, die von der britischen regierung und anderen imperialistischen kräften wirtschaftlich undmilitärisch gestärkt wurden, mittels vertreibung, terror und gewalt, den zionistischen staat " israel " aufzubauen.
im november des jahres 1947 verabschiedete die uno den ungerechten beschluß zur teilung palästinas. im darauf folgenden jahr, im mai 1948, erfolgte die gründung des zionistischen staates " israel ".

an der aggressiven expansion " israels " und der kolonialisierung palästinas durch die zionisten, hat sich bis heute nichts verändert. vielmehr hat sich die situation der palästinenserinnen und palästinensern in den besetzten gebieten noch verschärft. der raub palästinensischen bodens, verhaftungen, massaker und vertreibung der palästinensischen bevölkerung sind die tatsachen (praxis) der nach " groß israel " schreienden zionisten. auf welche art und weise sich die zionisten den palästinensischen boden aneignen, ganz klar landraub betreiben, wollen wir etwas genauer beschreiben. wichtig dabei zu berücksichtigen ist, daß dies auf mehreren ebenen gemacht wird. einmal auf dem " rechtstaatlichen " weg, d.h., daß israelische gesetze den landraub legitimieren. zum beispiel legalisiert ein gesetz die landnahme von " abwesenden ". wenn beispielsweise eine palästinensische familie in die flucht getrieben wird, gilt sie als abwesend und ihr haus und land wird beschlagnahmt. neben diesem gibt es noch viele andere gesetze, die den landraub verrechtlichen , gefälschte dokumente, manipulierte kaufverträge sind weitere betrügerische mittel der zionistischen siedlerungspolitik.
um den boden, der noch von der palästinensischen bevölkerung bewirtschaftet wird, unfruchtbar zu machen, wenden die zionisten vor allem auch wasserwirtschaftliche restriktionen an. in den zionistischen siedlungen werden tiefe brunnen gebohrt, was zur folge hat, daß durch den trichtereffekt die brunnen der palästinenserinnen austrocknen, oder der zugang zu den wasserstellen wird gesperrt.
noch ein beispiel: ein drittel des wassers, das die zionisten zu ihrer versorgung benötigen, kommt aus der westbank, sie bewässern 49,5% ihres bodens. demgegenüber können nur 4% der gebiete bewässert werden, die von der palästinensischen bevölkerung bewirtschaftet werden. desweiteren sind die auferlegten steuern- und pflichtabgaben bei der ausfuhr palästinensischer waren an den israelischen " staat" nichts weiter als ausplünderung. ziel dieser zwangsabgaben ist die zerstörung der ökonomischen grundlagen des palästinensischen volkes, das ja traditionell ein agrarland war und ist. das ziel der zionisten ist die vernichtung des palästinensischen volkes. in flüchtlingslager entrechtet und zusammengepfergt sollen die palästinenserinnen und palästinenser den zionisten solange noch als billige arbeitskräfte auf den plantagen und " israelischen " fabriken zur verfügung stehen.
" israel " alleine, ohne die konkrete unterstützung anderer imperialistischen staaten, hätte dem gerechten kampf der arabischen völker für selbstbestimmung und sozialismus nie standhalten können. eine große rolle spielen die beziehungen " israels " zur brd, die teil der eg und nato ist. nach den usa ist die brd zweitwichtigster handelspartner " israels " . high-tech-produkte und rüstungsgüter werden hierher exportiert, aber auch landwirtschaftliche produkte (jaffa-citrusfrüchte, hitchkok-säfte, carmel-obst und säfte,gemüse) und textilien (vor allem arbeits- und lohnintensive produkte).
die brd setzt sich dafür ein, daß sich auch der europäische markt insgesamt für agrarexporte aus " israel " öffnet. dies war auch verhandlungspunkt zwischen genscher als ratsvorsitzenden der eg und der "israelischen" regierung im januar `88. " israel " strebt, nach dem eg-beitritt spaniens und portugals, ein abkommen mit der eg an, welches die erhöhung seiner agrarexporte in die eg-länder garantiert, somit seine wirtschaft stabilisieren und folglich das staatsgebilde festigen will.
" israel " ist wirtschaftlich, politisch und strukturell vorallem eine militärbasis. der staat " israel " dient den imperialistischen staaten, die in eg und nato organisiert sind, als sprungbrett zur ausplünderung und unterdrückung der völker in der arabischen region. "israel " arbeitet heute in der aufstandsbekämpfung intensiv mit südafrika, guatemala, den contras und militärs in cile zusammen.

" israel " betreibt polizei- und militärausbildung, plant, koordiniert und unterstützt aufstände gegen sozialistische afrikanische staaten.
die brd ist eine der treibenden kräfte innerhalb der eg. für uns, die menschen in den westeuropäischen metropolen, bedeutet die verwirklichung des eg-projekts umstrukturierung (rheinhausen), entwicklung neuer technologien für die produktion und den krieg, flexibilisierung der arbeitszeit, schlechtere arbeitsbedingungen, europaweite ausgrenzung von arbeitern, arbeitslosen, sozialhilfeempfängern, studenten, alten und ausländischen menschen. neue strukturierung ganzer städte, höhere mieten durch altbauabriß. in bielefeld sind die stadthalle und der ostwestfalendamm nur zwei beispiele. umstrukturierung für industrie und bonzen. europaweite kontrollmaßnahmen, einheitlicher rechtsraum, rassistische ausländergesetze, die ganz europa für flüchtlinge aus der sogenannten dritten welt dicht machen sollen.
die palästinensische bevölkerung hat in dem nun schon seit 8 monaten andauernden aufstand eine neue phase der revolution erreicht. sie hat im kampf gegen den zionistischen " staat " israel ihre organisierung für die befreiung palästinas und den kampf gegen den imperialismus vorangetrieben. sie boykottiert zionistische einrichtungen z.b. fabriken, lebensmittel, schulen und versucht gleichzeitig die eigene lebensmittelproduktion zu verstärken, und eine eigene krankenversorgung aufzubauen. die einrichtung von volkskomitees sind geschaffene voraussetzungen für die weiterentwicklung des kampfes.
" solidaritätsstreik mit den weiblichen gefangenen. dem aufruf des 22. flugblatts der vereinigten nationalen führung des aufstandes folgend, trat die bevölkerung des ghazastreifens und der westbank aus solidarität mit den während der intifada gefangengenommenen frauen am freitag voriger woche in einen zweitägigen generalstreik, der das öffentliche leben zum stillstand brachte. es kam zu zahlreichen zusammenstößen mit der besatzungsmacht. der palästinensische rechtsanwalt walid fahoum bestätigte, daß 90 der 5000 seit dem beginn des aufstandes im dezember verhafteten frauen sind."
unser gemeinsames ziel heißt kampf gegen den imperialismus, für den befreiung . die eigenen initiativen für die revolutionäre einheit, das ist sache für uns. dies kristalisiert sich im kampf um die zusammenlegung der gefangenen aus dem widerstand und der guerilla. mit dem bewußtsein, unsere ziele nur zusammen mit den gefangenen durchsetzen zu können. im kampf gegen ausbeutung, unterdrückung, isolation für die klassenlose gesellschaft kommen unsere kämpfe zusammen, für uns ist dies wunsch , perspektive und notwendigkeit. das drückt sich für uns , hier in der metropole, in dem versuch aus, die organisierung der revolutionären kämpfe zur front in westeuropa voranzutreiben. aus unseren bedingungen heraus, die hier durch warenverhältnisse untereinander, isolation, vereinzelung und entfremdung bestimmt sind . die patriachalen und kapitalistischen strukturen, die unsere entwicklung viel zu lange bestimmt haben, aufbrechen und in der kollektiven organisierung des widerstandes zur gegenmacht werden. das ist der boden- kampf gegen den imperialismus, im "herzen der bestie" - von dem aus wir uns mit praktischen initiativen proletarischen internationalismus erkämpfen wollen. proletarischer internationalismus ist das bewußtsein des gemeinsamen ziels, orientiert am weltweiten klassenkampf. hier in westeuropa, in palästina oder südafrika werden wir nur gemeinsam siegen.
wir rufen hier zum boykott " israels " auf, weil der boykott für uns eine konsequenz unserer solidarität mit dem kampf des palästinensischen volkes um befreiung und selbstbestimmung ist und eins der mittel, den volksaufstand praktisch zu unterstützen.
FÜR EIN BEFREITES PALÄSTINA !
DIE ZL DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND DURCHSETZEN.
FÜR DEN KOMMUNISMUS

Was ist los in der Reiche 114



endlich sind wir in die pötte gekommen was zur geschichte und situation in der reichenberger 114 zu schreiben.
seit jahren ist dieses haus spekulationsobjekt, wechselte von einer besitzerin zur anderen. höchstmöglichen profit suchten diese, indem sie modernisierung oder abriß durchsetzen wollten.
die beste taktik dies zu erreichen war daher für die spekulanten keinerlei notwendige reparaturen vorzunehmen um das haus langsam aber sicher verrotten zu lassen, aber gleichzeitig hohe mieten zu kassieren.
nachdem die frühere besitzerin, b. ziep, eine modernisierung des hauses wegen der ablehnung der mieterInnen nicht durchziehen konnte und schließlich im mai letzten jahres das haus verkaufte, wagte der neue eigentümer, albrecht weber, mariendorfer damm 187, 1 berlin 42, einen neuen modernisierungsantrag, der wiederum an unserem widerstand scheiterte.
diesmal wurde auch eine mieterInnenversammlung über den verein so 36 mit weber und s.t.e.r.n. (iba-altbau) abgehalten. dort sagten fast alle mieterInnen, daß sie eine modernisierung ablehnen und eine nicht-mietsteigernde instandsetzung fordern.



s.t.e.r.n. legte daraufhin (dieses jahr) ein mischkonzept (modernisierungs-instandsetzungskonzept - halb modernisieren und instandsetzen) vor, das durch senat (sanierungsverwaltungsstelle, wohnungsbaukreditanstalt wbk) finanziert werden soll.
dieses konzept, das auf den ersten blick gewisse zugeständnisse an uns beinhaltet, soll uns als das große geschenk verkauft werden.
während auf der einen seite wohnungen 'nur' instand gesetzt werden (innenklo, ofenheizung ...), sollen andere wohnungen strangweise zusammengelegt und modernisiert (kachelbad, zentralheizung, fensterdurchbrüche) werden.
zusätzlich wollen sie uns mit etwas ködern, das erstmal wie interne mietpreisbindung aussieht (zumindest für die instandgesetzten wohnungen).
das nach der mod.-ins. die einstiegsmiete (kalt) 4,40 dm pro qm betragen soll, pro jahr nur max. um 0,20 dm pro qm (plus betriebskostenerhöhung) gesteigert werden kann und angeblich, auf 15 jahre begrenzt, nicht über 5,70 dm pro qm steigen kann.
auch wenn weber absolut nichts am haus machen läßt, können die mieten aufgrund des weißen kreises horrend steigen. selbst über den betrag der im mod.-ins. programm gebundenen miete hinaus. damit wollen sie uns dazu bringen dies erstmal zu akzeptieren.



da es klar war, daß dies von uns abgelehnt wird, rief der verein so 36 nicht mehr zu einer mieteriInnenversammlung auf, sondern versuchte uns einzeln zu gesprächen einzuladen. diese einladungen wurden von fast niemandem befolgt.
zur vorbereitung der modernisierung setzt das bezirksamt umzugsprämien als köder aus, um die mieterInnen zum auszug zu bewegen und finanziert gleichzeitig den leerstand.

die prämie, aber zugleich auch der zustand des hauses,
- undichtes dach
- feuchte, schimmlige wände in den wohnungen
- wasserrohrbrüche und eingefrorene leitungen im winter
- marotte elektrische leitungen, welche in einer wohnung einen kabelbrand verursachten
- ständig kaputte treppenhausbeleuchtung
- schlechte müllentsorgung (monatelang rumliegender müllberg wurde mittlerweile wegen druck vom gesundheitsamt weggeschafft)

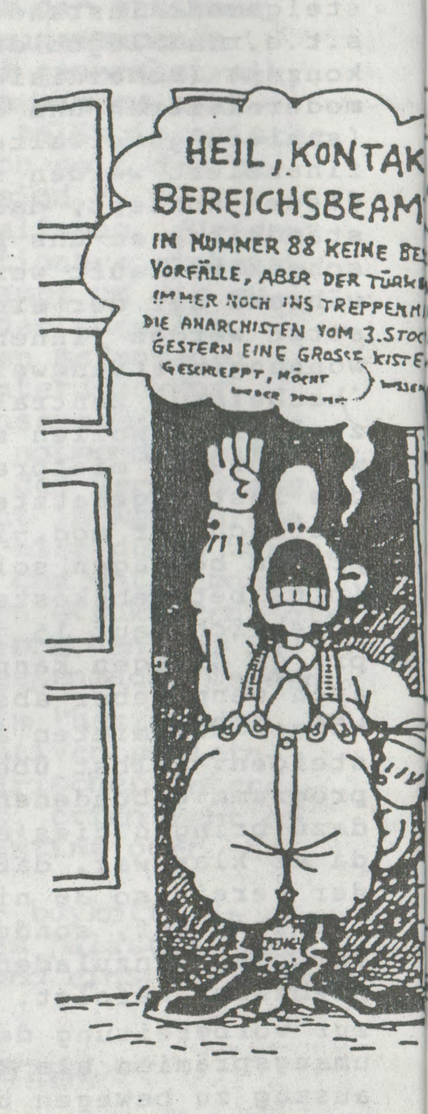
führten letztendlich dazu, daß einige mieterInnen tatsächlich ausgezogen sind.
zu diesem zeitpunkt war die organisierung im haus schon soweit vorangeschritten, daß es uns möglich war alle leerstehenden wohnungen zu besetzen.
unsere forderungen waren:
- keine räumung der besetzten wohnungen
- sofortige instandsetzung statt mod.-ins.-konzept
- keine duldung von leerstand

gleichzeitig haben etwa zwei drittel der mieterInnen kollektiv die miete gemindert und die restmiete auf ein sperrkonto eingezahlt.
auf die mietminderungen reagierte weber prompt.
- er kündigte die hauswartsstelle und -wohnung um einen blockwart zur kontrolle über das haus einzusetzen
- weitere kündigungen wegen mietrückständen
- strafanträge wegen sprühereien im haus
- für schäden im haus versucht er einzelne mieterInnen verantwortlich zu machen
- nicht akzeptieren der mietminderungen und des zurückbehaltungsrechts der geminderten miete



Rund 2000 Menschen demonst
gen.
Kiezdemo 14.11.8

seit der abgabe der mietminderungen, als ihm klar geworden ist, daß wir uns im haus organisieren, haben wir öfter besuch von bullen und zivis, die rumschnüffeln.
am 1. august werden leute vom haus und die am haus befestigten transparente von zivis fotographiert.
am 2. august, morgens neun uhr, rücken sechs bullenwannen an. kripo, staatszschutz, spekulant weber, ein vertreter des vereins so 36 und die taz ließen auch nicht lange auf sich warten.
alle aufgänge im haus werden abgeriegelt. fünf von frauen besetzte wohnungen und eine wohnung, für welche schon seit jahren ein nutzungsvertrag existiert, werden aufgebrochen, durchsucht und geräumt.
gegen bewohnerInnen, die in den wohnungen angetroffen werden, wird durch weber strafantrag wegen hausfriedensbruch gestellt.
vier leute werden verhaftet, einer sitzt immer noch.
andere leute, die das haus betreten oder verlassen wollen, werden zur personalienfeststellung vorübergehend festgenommen.
am tag darauf setzten wir bei der sanierungsverwaltungsstelle und durch ein treffen mit dem spekulanten weber die zusage auf nutzungsverträge und die rücknahme der strafanträge durch,
woraufhin wir wieder in die wohnungen gegangen sind.
inzwischen haben wir die nutzungsverträge erhalten, welche als nutzungsgebühr die betriebskosten enthalten.



einige tage später war auch bezirksschweinemeister krüger
mit seinen gorillas im haus zur inspektion. leider haben
wir es verpaßt ihn vor die tür zu setzen.



rten gestern gegen Mieterhöhu
(Foto: ma

was für unser haus geplant ist, läuft schon
längst in großem rahmen in ganz kreuzberg
und in anderen stadtteilen ab.

die kiezstrategen und die davon profitierenden
spekulanten treiben die mieten immer höher.
für viele von uns bedeudet das, entweder mehr zu
arbeiten, mit weniger geld auszukommen oder sich
der kontrolle und arbeitszwang des sozi's ausliefern
zu müssen.
für manche werden die wohnungen unbezahlbar, die
zahl der zwangsräumungen und obdachlosen steigt.
schon jetzt ist ohne kohle (makler, kaution, ab-
stand usw.) keine wohnung mehr zu haben.
es geht ihnen darum, im kiez sog. sozial gesunde
schichten anzusiedeln, kreuzberg zu durchmischen.
da wohnt dann plötzlich der steuerberater hans habgier
in seiner luxusmodernisierten wohnung neben der
soziempfängerin emma habenichts in ihrem 1-zimmer-
loch.
leute mit völlig anderen lebensbedingungen sollen
isoliert nebeneinander herwohnen.
uns werden immer mehr möglichkeiten genommen uns
zu treffen und miteinander zu reden.
durch gezielte erhöhung der gewerbemieten können
sich kleine geschäfte und billige kneipen nicht mehr
halten.
aus dem tante emma laden an der ecke wird eine
spielhalle, ein sexshop oder ein videoladen in dem
rund um die uhr gewalt- und pornofilme ausgeliehen
werden können. patriarchale herrschafts- und ge-
waltstrukturen nehmen immer krassere formen an.
konkurrenz und isolation ist die taktik der schweine.
ein zusammenkommen von menschen mit ähnlichen be-
dingungen, interressen und bedürfnissen soll ver-
hindert werden.
über jahre gewachsene nachbarschaftliche beziehungen,
eine starke hausgemeinschaft und kiezstrukturen
sind immer ausgangspunkte für gegenseitige unter-
stützung und solidarisches handeln.
jedes zusammenkommen von menschen in ihrer gemein-
samen beschissenen situation, birgt in sich den
keim von widerstand, der sich hier an vielen punkten
entwickelt hat und immer weiter entwickelt wird.
davor haben die herrschenden am meisten angst
und wollen uns durch verschiedene formen von re-
pression und spaltung in den griff kriegen.



die umstrukturierung durch stadtplanung und
modernisierungskonzepte ist ein teil der auf-
standsbekämpfung.
in diesem zusammenhang begreifen wir das was
mit der reiche 114 passieren soll.

wir finden es wichtig, aus unseren konkreten lebensbedingungen heraus, widerstand zu leisten, in den häusern und überall.
um uns erfolgreich gegen die menschenverachtende politik des senats, spekulantentum, zwangsräumungen usw. zu wehren, müssen wir uns in den häusern und der straße besser organisieren.
d.h. weitere häuserversammlungen, blockplenen und straßentreffen anzuleiern.
ein konkreter schritt ist für uns das straßenfest in der reiche am 20.august, wo wir zusammenkommen, infos austauschen, diskutieren und feiern wollen.

- sofortige instandsetzung der reiche 114
- her mit der reiche 63a
- zwangsräumungen verhindern
- die bauwägen bleiben, wo sie sind
- gegen räumungsterror und mietzwang
- leerstehenden wohnraum besetzen

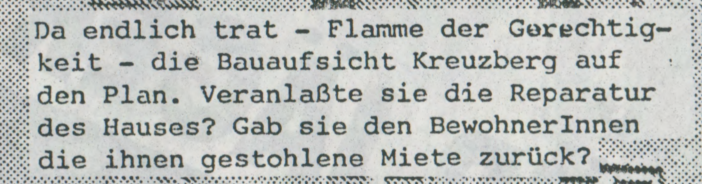
AUFRUHR , WIDERSTAND , DIE HÄUSER UND STRASSEN IN UNSERE HAND !



Flugie,

Miete zahlen - für wen ???





Viele fragen sich das. Damit ihnen die Staatsgewalt nicht die Möbel auf die Straße stellt, weil sie es nicht blikken sich gemeinsam zu wehren, malochen die MieterInnen fürs monatliche Schutzgeld. Beim Ausfüllen des Überweisungsformulars, wenn mensch dann schon wieder klein beigegeben hat, dann denkt mensch sich so, irgendein Sinn muß doch hinter dem unmenschlichen System stekken: Gewiß sind Mieten nötig, um davon unsere Häuser instand zu halten.

Und angenommen, die Eigentümerin läßt den Bau trotzdemverrotten? Dann gibt es, Göttin seis gedankt, ja unsere Bauaufsicht, die wird uns schon vertreten.

Wie ihm letztens einige Leute aus der Reichenberger 114 auf den Pelz rückten, da hat dieser Orlowsky, der Dicke mit dem Grinsen, unser alternativer Baustadtrat, sich doch tatsächlich eingesetzt, hat für ein Wohnrecht bis zum Beginn der Modernisierungsarbeiten gestritten. Alles halb so schlimm also.

Schaun wir uns ein weiteres Haus an. Es steht gleich hier um die Ecke (Nicht sofort loslaufen. Schaut erst mal, daß sich genug Leute zusammenfinden, damit wir in größeren Gruppen gehen können).

Eigentümer Hans-Joachim Gertig türmt Müllberge auf Höfen und in Wohnungen. Er hat noch mehr Häuser in Kreuzberg unter seiner Fuchtel (etwa am Fränkelufer 30), auch die faulen vor sich hin. Besonders wüst sieht es in der

Obentrautstraße 69

aus (fast an der Ecke zur Möckernstraße). Hier litten im Dezember 86 die BewohnerInnen unter verstopften Öfen, zugigen Fenstern, Gestank auf dem Hof. Und zahlten Monat für Monat ihre Miete. Eines Tages ließ sich Gertig mal wieder im Hause blicken, was er selten zu tun pflegte. Am selben Tag hat es im leerstehenden Laden gebrannt. Das Löschwasser führte zur Sperrung der Elektroanlagen im Vorderhaus.

Da endlich trat - Flamme der Gerechtigkeit - die Bauaufsicht Kreuzberg auf den Plan. Veranlaßte sie die Reparatur des Hauses? Gab sie den BewohnerInnen die ihnen gestohlene Miete zurück?

Nein. Drei Tage vor Weihnachten fanden die Familien einen Schrieb vom Bezirksamt in ihren Briefkästen:"untersagen wir Ihnen, Ihre Wohnungen weiterhin zu benutzen, da Gefahr für Leib und Leben besteht". Ein Monat Lebensgefahr wurde den Leuten noch genehmigt, aber "sollten Sie dieser Anordnung bis zum 31.1.87 nicht nachgekommen sein, werden wir gegen Sie den unmittelbaren Zwang anwenden". "Hochachtungsvoll Orlowsky ,Bezirksstadtrat".

Vermittelte Herr Orlowsky neue Wohnungen? Umzugskosten, Mietausgleich?

Nein. Das Wohnungsamt vergab Wohnberechtigungsscheine. Die Leute durften sich - in Angst vor unmittelbarem Zwang - alleine auf die Suche nach ner neuen Bleibe machen. Sie werden inzwischen wohl in der nächst teueren/schlechteren Bude gelandet sein.

Heute dient der Innenhof der Obentraut 69 als Reifenlager. Das Wohnhaus steht leer.

Schluß mit dem Unsinn!

Wir pfeifen auf Eigentümer und Behörden. Laßt uns den Mietboykott organisieren.

Es folgen drei Anlaufstellen für Aktivitäten gegen das Hauseigentumsunwesen:

* **Mietboykottinitiative** jeden ersten Donnerstag im Monat im "Kotti", 19 Uhr, Dresdener Straße 17 in 36
* **MieterInnengruppe im "Omega Wedding"**, Sparrstraße 21, Kontakt 453 70 23
* **Mietengruppe Neukölln** in der "Lunte", jeden Donnerstag 18 Uhr, Weisestr. 53

Vergeßt nicht die Obentraut 69 !

Verteilt aufm Straßenfest der "Berliner Mietergemeinschaft" am 13. August in der Hornstraße. Die dort versammelten Massen mochten sich zu keiner Aktion aufraffen. Vielleicht klappts ein andermal.

FÜR JÄGERInnen

Empfänge, Bankette, "Kultur"programm

Mo 26.9.88

10.30 Empfang für das Begleitpersonal
Ort: Kammermusiksaal der Philharmonie
(800 Pers.)

18.00 Empfang des Bundespräsidenten
für WB-Gouverneure und Ehefrauen
Ort: Schloß Bellevue
(550 Pers.)

20.00 Deutsche Oper
(1.900 Pers.)

20.15 Philharmonie
(2.200 Pers.)

So 25.9.88

19.00 Empfang des WB-Vorsitzenden für die Delegierten
Ort: Museum für Verkehr und Technik
(3.500 Pers.)

Mi 27.9.88

?? Senatsempfang im ICC
(4.600 Pers.)

...Schweine in der Oper...

Damenprogramm

Mo 26.9.88
10.30 Kammermusiksaal

Di 27.9.88
12.45 Charlottenburger Schloß
Empfang von Frau Stoltenberg & Frau Klein
anschl. 14.00 Spreefahrt
14.00-17.00 Ethnologisches Museum
Painting Museum Dahlem

Mi 28.9.88
9.00 Potsdam
Jagdschloß Grunewald
9.00 Charlottenburger Museum
Ägyptisches Museum
9.00 Pfaueninsel
9.00-12.30 Königlich Preußische Porzellanmanufaktur
10.00 Nationalgalerie
13.30 Martin Gropius Bau
13.30 Reichstag
14.00 Havel-/Wannseefahrt

Do 29.9.88
9.00 Martin Gropius Bau
Reichstag
10.00 Königlich Preußische Porzellanmanufaktur

& SAMMLER Außen



28.8. So 20 Uhr **Film** im EX : Der brodelnde Vulkan

20 Uhr Treffen vorm EX zur **Vorbereitung der nächsten Männerkiezküche,** dazu Diskussion u.a. über: **Macht/ Herrschaft/Konkurenz/politisch-privat/2er Beziehungskisten und die Abhängigkeit von Frauen/** Welche Bedürfnisse werden mit Männern"befriedigt" und welche mit Frauen?Wer will und wo bleibt da 'ne Konkurenz??

16 Uhr Frauenkiezcafe im Falkeladen

30.8. Di 19 Uhr im EX **Veranstaltung für die Zusammenlegung d.pol. Gefangenen in Berlin W und BRD**, außerdem Vorstellung des 1. Aktionstages zur Zwangsarbeit im Knast,Infos zur Verlegung von G.Rollnick und A. Goder in die Plötze

Frauen Koordinationstreffen ist von Di auf Mi 31.8. **verlegt**

31.8. Mi 21 Uhr **Film im KOB** "Zusammenschnitte

5.9. Mo 20 Uhr **Frauen VV zur Knastkundgebung,** Ort??

8.9. Do **Knastkundgebung**

Veranstaltung für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in der BRD + West-Berlin



★ ehemalige Gefangene aus der Guerilla berichten
★ Infos zur Verlegung von Gabriele Rollnik + Angelika Goder in die Plötze
★ IWF ANGREIFEN!
Vorstellungen zum 1. Aktionstag: « Zwangsarbeit im Knast »

Dienstag, 30.8. im EX, Mehringhof 19h

EIN ABEND OHNE IWF!

SOMMER-TANZ

am 26.8.88 im EX

INHALT:

ab 22°° film:
- das wunder von mailand
- und dann tanz bis....







INTERIMP

2 VEdH*

Wöchentliches Berlin-Info



*Verrechnungseinheiten der Herrschenden

Nr. 18

26. August 1988

Kampf dem Patriachat - Saufen bis zur Impotenz

Im Gegensatz zu den Sprechblasen und Parolen der Forderungen,Solidarität und Utopien steht ein immer gleichgültiger werdendes Verhalten im Umgang miteinander,wenn es um Suchtprobleme und besonders um die allseits beliebte und legale Volksdroge Alkohol geht.Wie im bürgerlichen Leben werden Süchtige so lange toleriert und akzeptiert,wie sie in ihren Gruppen und Zusammenhängen funktionieren.Erst wenn die Genossin/der Genosse zum Sicherheitsrisiko wird,ist Schluß mit der "Solidarität",die längst vorher hätte einsetzen müssen.

Alkoholkonsum ist so stinknormal,daß regelmäßiges Vollsaufen in wGs oder Gruppen jahrelang kritiklos möglich ist.Toleranz wird mehr zur Gleichgültigkeit und ein'Kampftrinkerzelt'auf dem Kubat Δ stört höchstens uns "Moralapostel". Der Vollrausch ist die gängige Entschuldigung für alle mögliche kleinbürgerliche Scheiße von Gewalt gegen Frauen (physich und psychisch) bis zur Kneipenschlägerei etc. pp. Ein Besuch im Ex oder Elephanten zu später Stunde offenbart die Spießigkeit unserer Zusammenhänge: nach kurzer Euphorie langweiliges gelalle der ewig gleichen Sprüche,alles heult und kotzt sich aus,am nächsten Tag Schweigen.

Das einzige alkfreie Kaffee in 36 ist das Cafe im Grenzbereich in der Falkensteinstrasse (Sozialarbeiterprojekt),das Mo bis Fr von 11 bis 19 Uhr ~~geöffnet ist.~~

Begrüßenswert die Initativen vom Ex und Syndikat,bei Veranstaltungen und bestimmten politischen Anlässen keinen Alk zu verdealen. Jede Menge Kneipen (Kollektive) sind nicht in der Lage, drei Kreuze auf der Speisekarte zu machen,um mit Alkohol versetzte Speisen zu kennzeichnen,wie z.B. das Taxemoon im Wedding,das befürchtet,dann Stammkunden zu verlieren, während sich wenigstens Kuckucksei,Strings und Syndikat dazu bereit erklärten.

Ex,Kob und Syndikat wollen die Saftpreise weiterhin billig halten,was durch teilweise erhöhte Alkpreise möglich ist. Zahlt euch mehr Lohn und macht den Fusel teurer!

Hopfen und Malz hoffnungslos verloren im Elephanten,Franken,Bierhaus2, Schwarze Rose sowie bei 99,9% anderer derartiger Bei links und rechts beliebter Etablissements (siehe Gelbe Seiten,Ortsnetz Berlin-West, Ausg. 88/89, S. 657-672).

KAMPF DEM KAPITAL IST NÜCHTERN AUCH 'NE QUAL!

AUTONOME ALKOHOLIKER/INNEN SELBSTHILFE
jeden Montag ab 19 Uhr in der Ambulanz vom HEILE-HAUS,
Waldemarstr. 36, 1-36

VON-GORBATSCHOW ZU KORSAKOW

Die folgenden Fragen sind frei übersetzt nach Jellinek-s Stadieneinteilung der Alkoholkrankheit.Die Symptome können kombiniert,auch aus unterschiedlichen Phasen auftreten.

1. Trinkst du Alk,weil du Streß hast?
2. Trinkst du regelmäßig?
3. Verträgst du mehr als früher?
4. Denkst du oft an Alk?
5. Hast du manchmal ein schlechtes Gewissen,weil du schon wieder zu viel getrunken hast?
6. Trinkst du heimlich,damit es deine WG,deine Zusammenhänge,deine Beziehung nicht mitkriegen?
7. Hast du manchmal Filmrisse nach dem Saufen?
8. Hörst du nach den ersten Gläsern nicht auf,sondern säufst bis du breit bist?
9. Hast du dir schon Entschuldigungen zurecht gelegt,weshalb du säufst?
10. Kriegst du breit dauernd Zoff mit anderen?
11. Macht dich dein Alk-Konsum manchmal seelisch völlig fertig?
12. Hast du dir schon Regeln für-s Saufen aufgestellt?
13. Ist dir Kneipe/Saufen wichtiger geworden als Freunde/innen,Termine,Arbeit?
14. Bist du schon aus Zusammenhänge rausgeflogen,weil du dauernd breit bist?
15. Ist deine WG oder deine Beziehung am Alk kaputt gegangen?
16. Bist du das ärmste Schwein,die einsamste Sau überhaupt auf der Erde?
17. Hast du dir Alk-Vorräte angelegt oder versteckt?
18. Achtest du noch auf das,was du täglich ißt?
19. Warst du wegen Alk schon mal im Krankenhaus?
20. Säufst du regelmäßig morgens?
21. Hast du schon tagelang durchgesoffen?
22. Hast du an dir festgestellt,daß dein Kopf nicht mehr so richtig funktioniert?
23. Ist es dir egal geworden,ob ein Neonazi neben dir säuft, hauptsache er gibt einen aus?
24. Hast du schon mal Rasierwasser oder Brennspiritus gesoffen?
25. Verträgst du nicht mehr so viel wie früher?
26. Zitterst du morgens?
27. Mußt du morgens trocken kotzen?
28. Mußt du trinken?
29. Hattest du schon mal ein Delir?

AUTONOME ALKOHOLIKER/INNEN SELBSTHILFE

IWF - und WELTBANK-TAGUNG:

"Die schwierigste Aufgabe für die Polizei nach dem Krieg"

Birkenbeul

Informationsveranstaltung zu Sicherheitsgesetzen, Polizeimaßnahmen vor und während der IWF- und Weltbank-Tagung, Aussageverweigerung und den Aktionstagen

Wenn im September (24.29.9.) der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank (WB) in Westberlin tagen, werden sie hier mit dem Widerstand gegen ihre ausbeuterische Politik konfrontiert.
IWF und Weltbank sind (mit-)verantwortlich für die Unterdrückung und den Hunger in den sog. "3. Welt-Ländern".
Senat, Bundesregierung und Deutsche Bundesbank unterstützen diese Tagung mit mehr als 30 Millionen DM.
Nach 750-Jahr-Feier und E-88-Rummel soll Westberlin als Kongreßmetropole und "Finanzplatz im Herzen Europas" (Rexrodt) aufgewertet werden.

Senat und Bundesregierung haben in vielfachen Äußerungen klargestellt, daß sie die Durchführung der Tagung um jeden Preis durchsetzen wollen. Der staatliche Gewaltapperat arbeitet auf Hochtouren. Es ist daher notwndig, sich bei der Planung und Durchführung von Protest- und Widerstandsaktionen GEMEINSAM auf mögliche Repressionsmaßnahmen und Gegenwehr vorzubereiten.

KRIMINALISIERUNGSVERSUCHE

Eine beliebte Methode seitens der Herrschenden ist es, den politischen Widerstand schon im Vorfeld von möglichen Ereignissen in der Öffentlichkeit zu kriminalisieren und in die Ecke des "Terrorismus" abzudrängen, um dann mit polizielichen Maßnahmen umso härter vorgehen zu können.
So überschlugen sich in den letzten Monaten die Schlagzeilen:
"Heißer Terror-Herbst in Berlin" (K.Exp.) - **"Terroristen kündigen Schlachtfest in Berlin an"** (Welt) - **"Anschläge auf Treffen des Währungsfons geplant?"** (St.Z.) usw.
Bereits nach dem 1. Mai 1987 und der Kreation der "Antiberliner" kündigte der Westberliner Innensenator an, die Autonomen bis zum Herbst 88 "zerschlagen" zu wollen. Sein Sprecher Birkenbeul äußerte gegenüber der'Welt': "Die Westberliner Polizei sieht sich bei den Schutzmaßnahmen für den Finanzkongreß ihrer SCHWIERIGSTEN AUFGABE NACH DEM KRIEG gegenüber."
Mit dieser Hetze und den verbalen Angriffen, die sich auf das gesamte Oppositionsspektrum der Gegenaktivitäten beziehen,sollen in der Bevölkerung die Zustimmung für die "stärksten Sicherungsmaßnahmen deutsher und allierter Behörden" propagandistisch vorbereitet und gerechtfertigt werden: "Für eine Demonstration zum Abschluß des Währungsfonds- und Weltbank-Kongreß will man etwa 10 000 Anhänger von Autonome, undogmatischen Gruppen und des terroristischen Randfeldes nach Berlin holen. Miterheblichem finanziellen Aufwand. dessen Quellen nicht bekannt sind, wollen die Be-

treiber der Kampagne auch Einwohner aus Asien,Afrika sowie Süd- und Mittelamerika für Tribunale und Hearings einladen." (WElt)

Vom Raumverbot zur Anschlagsrelevanz

Die Kriminalisierung von politischen Bewegungen, die massive Androhung von Repressionen und die dadruch versuchte Einschüchterung und Spaltung des Widerstands ist keine neue Erfindung in Zusammenhang mit dem IWF.
Tagungsverbote, Massenkontrollen, Demonstrationsverbote - z.T. ohne rechtliche Grundlage - hat es in der Geschichte der BRD schon oft gegeben. Erinnert sei an das Demonstrationsverbot 1981 in Brokdorf oder an die Massenfestnahmen im Nürnberger Kommunkationszentrum KOMM.
Der Ausbau des Überwachungs- und Polizeiapperates, die geplante Einführung des strafbewehrten Vermummungsverbotes, die Wortneuschöpfung der "anschalgsrelevanten Themen" - welches Thema ist das eigentlich nicht? - oder auch die erst 1986 beschlossene AUsdehnung des Katalogs der Straftaten, die unter den Ermittlungsparagraphen 129a StGB (Bildung, Unterstützung und Werbung für eine terroristische Vereinigung) fallen, zeigen die Absichten des Staates , jede Form von Widerstand verhindern zu wollen.
Neben den Kriminalisierungsversuchen in den Medien wurde und wird schon jetzt - vor der IWF-Tagung- mit administrativen und polizeilichen Repressionen gegen AktivistInnen und Interessierte an der Anti-IWF-Kampagne vorgegangen:

- z.B. wurde dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen im Vorfeld ihrer Juni-Tagung in Frankfurt die Räume verweigert. Begründung: Auf der Tagung würden Gewaltaktionen gegen die IWF-Tagung geplant. Auf massiven Druck und öffentlichen Protest hin, mußte die Stadt Frankfurt die Genehmigung für die Räume erteilen.
- mit der Begründung "gefährdetes Objekt" wurde im August die antiimperialistische Stadtrundfahrt in Westberlin auf Grundlage von ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) gestoppt. Alle Pesonen wurden personalienkontrolliert und registriert

Wie im August weiterhin bekannt wurde, hat schon im Mai der Generalbundeanwalt beim Bundesgerichtshof einen Freifahrtshein für umfangreiche Massenkontrollen nach dem § 111 StPO erwirkt. Der § 111 StPO entstammt dem Arsenal der Anti-Terror-Gesetze. Auf seiner Grundlage wurden und werden an den Grenzübergangsstellen, aber auch an jedem anderen Ort Personenkontrollen durchgeführt.

Die Auseinandersetzungen am 1. Mai dieses Jahres, die wahllosen Prügelorgien, nicht nur der EbLT, das Bewußte In Kauf-nehmen Hunderter von verletzten und die nächtlichen Tränengaseinsätze am Kubat-Dreieck plus der generalstabsmäßigen geplanten Räumung waren für die Westberliner Polizei Übungen am "konkreten Objekt,Subjekt", wie sie gegen Demonstrationen, Besetzungen u.ä. vorzugehen gedenken.

POLIZEISTADT WESTBERLIN

Schon im letzten jahr anläßlich des Reagan-Besuches konnten wir erleben, was es heißt in einer Polizeistadt zu leben: Bannmeilen, alliiertes Recht, Straßensperrungen, Demonstrationsverbot, Sicherheitsüberprüfung und Datenspeicherung en masse, nächt-

liche Prügelorgien in SO 36, lassen ungefähr erahnen, was die vielbeschworenen "Sicherheitserfordernisse" während der IWF-Tagung bedeuten. Während im Bundestag die GRÜNEN aufgefordert werden, sich schon im Vorhinein von jeglicher Gewalt zu distanzieren, weden die einzelnen Maßnahmen seitens des Repressionsapperats in höchster Geheimhaltung behandelt.

Trotzdem läßt sich ungefähr beschreiben, worauf wir uns im September in Westberlin einstellen müssen:

- Versammlungs- und Demonstrationsverbote
- vorbeugende Festnahmen nach ASOG
- Verstärkte grenzkontrollen anch KFZ-Listen
- Polizeikessel und Absperrungen bestimmter Stadtbezirke
- Ausgeweitete Telefon-und Postüberwachung
- Störung der Kommunikations-/Informationsstrukturen
- Beschlagnahmung von Zeitungen,Flugblättern, etc.
- Anwendung des § 129a StGB ...

AUSSAGEVERWEIGERUNG UND SOLIDARITÄT

Um schon vor der IWF-und Weltbank-Tagung zu einer breiten Mobilisierung gegen die angekündigten und zu erwartenden Repressionen und Einschränkungen der Gegenaktivitäten beizutragen, rufen wir auf zur Teilnahme an der Großveranstaltung:

"DIE SCHWIERIGSTE AUFGABE FÜR DIE POLIZEI NACH DEM KRIEG" ??

Infoveranstaltung

Freitag, 16. Sept. 1988

ab 18.00 Uhr

TU-Audimax



Gerade vor dem Hintergrund der Kriminalisierungs- und Entsolidarisierungserfahrungen nach den Schüssen an der Startbahn-West wollen wir uns darüber auseinandersetzen,

- wie wir gemeinsam mit Repressionen umgehen können
- welche Möglichkeiten der gegenwehr es gibt
- und wie wir Öffentlichkeit herstellen können

ohne uns von unserem Widerstand abbringen zu lassen.

Dazu soll es auf der Veranstaltung folgende Beiträge geben:

Konkretes verhalten bei Demonstrationen, Festnahmen,etc. - Sicherheitsgesetze,ASOG, alliiertes Recht, Solidarität und Aussageverweigerung, Erfahrungen des Hamburger Hafenstrassenbündnis im Umgang mit Repressionen, Vorstellung der Aktionstage

Volkssport

Die IWF-Kampagne hat uns erfasst und mitgerissen!

- Darum sind wir am Donnerstag, dem 18.8.88 gemeinsam ins "Crest-Motor-Hotel" gegangen, um dort in der Eingangs=halle die Parolen: "IWF-Verhindern!" u. "Den Bankern keine ruhige Nacht" an die Wände zu sprühen. Dazu haben wir Altöl über die formschöne Sitz=garnitur gekippt, die Telefone (vor allem zu unserem eigenen Schutz) gekappt und folgendes Flugblatt an die dort Anwesenden verteilt.:

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN VOM "HOTEL U. GASTSTÄTTENGEWERBE!

Wie ihr wahrscheinlich längst wißt, findet hier in West-Berlin vom 25.-30. September '88 der Jahreskongress des "Internationalen Währungs=fonds"(IWF) und der "Weltbank" statt.
Dazu werden um die 10 000 Bankiers, Geschäftsleute, Finanzexperten und ihre Leibwächter plus Journalisten in die Stadt strömen um sich zu beraten und auszutauschen, wie sie ihre dreckigen Geschäfte noch wir=kungsvoller betreiben können.
Die Stadt wird Ende September von diesem Kongressgeschehen geprägt sein: von "Sicherheitsmaßnahmen" und Kontrollen, Absperrungen von Straßen, Plätzen und vielleicht sogar ganzen Stadtteilen,- aber auch durch Horden vergnügungshungriger Geschäftsmänner, ausgebuchten Hotels und vollen Restaurants.
Da sich diese Herrschaften gern gut bedienen und versorgen lassen, heißt das für euch im "Dienstleistungsbereich" beschäftigten, noch mehr Arbeit, Rennerei und Befehle, vielleicht sogar Überstunden und Sonderschichten.

Wir werden uns gegen diesen Kongress wehren und versuchen ihn zu verhindern.
Der IWF und die "Weltbank" sind zentrale Institutionen des inter=nationalen Kapitals,- der Banken und Konzerne.
Die, die sich zum IWF/Weltbank-Kongress treffen, sind also verant=wortlich für Hunger und Verarmung von Millionen Menschen, Zerstörung der Natur in gigantischen Ausmaßen und letztendlich auch für die Lebens u.-Arbeitsbedingungen hier.
Für uns gibt es keine Zukunft, wenn wir diese Machtverhältnisse nicht bekämpfen,- um nicht mehr für den Reichtum der "weißen Herren" zu arbeiten, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für ein selbstbestimmtes Leben!

In diesem Sinne richtet sich diese Aktion nicht gegen euch, die ihr in den Hotels und Gaststätten arbeitet, wir wollen euch vielmehr ermutigen, euren Teil zum Scheitern dieses Kongresses beizutragen, die Wut auf die ganze Plackarei dieses fremdbestimmten Lebens gegen die zu richten die daran verdienen und dafür verantwortlich sind.
Dazu gibt es gerade da wo sich die Herrschaften ausruhen und Mächtigen jede Menge Möglichkeiten, die ihr selbst am Besten kennt!

Versalzen wir ihnen die Suppe –
Für ungemachte Betten und stressige Nächte voller Alpträume für die Banker und Bosse!
Verhindern wir den IWF – Kongress   Nur Mut!

Bei der Auswahl des Hotels als Ort unserer "Propaganda"= Aktion war nicht so ausschlaggebend, ob nun während des Kongresses einige Banker und Geschäftsleute mehr oder weniger dort absteigen werden. (Wir gehen allerdings davon aus, daß im Herbst alle größeren Hotels ausgebucht sind. Sondern, dieses Hotel als Beispiel für den ganzen Bereich dieser aufgeblähten Infrastruktur für Geschäftswelt und Tourismus , anzugehen.
Denn wenns nach den PLänen des Senats geht, soll West-Berlin verstärkt zur internat. Handels -u. Finanzmetropole ausgebaut werden. W-Berlin als Schaufenster des "freien Westens". als (Kultur)hauptstadt Europas, Drehscheibe des Handels mit den Ländern des RGW...Dafür sind natürlich die entsprechenden Voraussetzungen an Infrastruktur notwendig.
Doch weit wichtiger als ein weiteres Mal die Bedeutung W-Berlins als Kongresstadt zu betonen war uns, die vielfältigen Eingriffsmöglichkeiten zu zeigen, die sich daraus ergeben. Gerade im Hinblick auf den Herbst sollte uns der hochgerüstete Bullenapparat nicht den Blick auf ihre Schwächen verstellen. Denn die Kapitalärsche und ihr Anhang können sich nicht die ganze Zeit in ihren gesicherten Bürobunkern und dem abgesperrten ICC vergraben.
Sie müssen sich von Ort zu Ort bewegen (sicher nicht immer im Großkonvoi), dann wollen sich die Herren „vergnügen" und ausruhen, wollen sich entspannen und amüsieren- in Restaurants, Nachtclubs und Kulturtempeln. Diese Ruhe sollen sie nicht bekommen. Mit etwas Phantasie lassen sich Mittel und Wege finden, zu sabotieren, zu stören, Verwirrung zu stiften. D.h.: sowohl von "außen", als auch von "innen", -wenn wir etwa in diesem Bereich arbeiten- die Herrschaften dort zu treffen wo sie nicht damit rechnen.

Lassen wir sie nicht zur Ruhe kommen!

Verfolgt sie auf Schritt und Tritt!

SPIELHALLEN IM KIEZ- AUFRUF ZUR GEWALT

NUN GIBT ES SIE WIRKLICH FAST AN JEDER ECKE UND AUCH DAZWISCHEN! WO VOR EINEM HALBEN JAHR NOCH BÄCKER, FLEISCHER, MÖBELGESCHÄFTE, BLUMENLÄDEN WAREN, WIRD NUN HINTER ZUGEKLEBTEN SCHAUFENSTERSCHEIBEN FAMILIENFREIZEITSPASS VERSPROCHEN! WO VORHER DER BLUMENLADEN SCHON 1500,- DM MIETE ZAHLTE, ZAHLT NUN DIE SPIELHALLEN GMBH 7000,- DM MIT LINKS, DENN ALLEIN EIN GELDAUTOMAT FÄHRT PRO MONAT CA. 10 000,-DM EIN! AUSSERDEM SIND EINIGE SPIELHALLEN REINE GELDWASCHANLAGEN FÜR GEWINNE AUS DROGENHANDEL UND SCHUTZGELDERPRESSUNGEN. GIBT ES IN ZEHLENDORF EINE EINZIGE SPIELHALLE ? DAFÜR GIBT ES IN KREUZBERG ÜBER 200 !
DORT WO DIE ARBEITSLOSIGKEIT, VOR ALLEM UNTER JUGENDLICHEN, AM GRÖSSTEN IST, FREIZEIT-EINRICHTUNGEN, GRÜNANLAGEN FEHLEN, FINDEN DIE PSEUDO- KOMMUNIKATIONS- HALLEN IHRE KLIENTEL. ZWAR SOLLEN LAUT STADTPLANUNGSAMT KEINE WEITEREN SPIELHALLEN IN KREUZBERG GENEHMIGT WERDEN, DOCH ES GIBT NUN MAL GEWERBEFREIHEIT, GERICHTSURTEILE ZUGUNSTEN VON SPIELHALLEN WERDEN ES BALD ZEIGEN. AUSSERDEM WERDEN DIE 200 BESTEHENDEN HALLEN DAVON AUCH NICHT WENIGER.
DARUM TUT ENDLICH ETWAS GEGEN DIESE HALLENFLUT, VERKLEBT DENEN DIE SCHLÖSSER, SCHMEISST DENEN DIE SCHEIBEN EIN, SPRÜHT, KLECKERT MIT FARBE, VERSCHÜTTET BUTTERSÄURE, WERFT DENEN STINKBOMBEN IN DEN LADEN ! TREIBT DIE SPIELHALLEN DORTHIN ZURÜCK, WO SIE VOR EINIGEN JAHREN NOCH WAREN : NEBEN DIE PUFFS UND IN DIE ABSCHREIBUNGS- ZENTREN VON BERLIN !

Absender

Kurznachricht

Mit der Bitte um:
- ○ Stellungnahme
- ☒ Erledigung/Weiterleitung
- ○ Kenntnisnahme
- ○
- ○ Prüfung
- ○ Anruf
- ○ Lieferung
- ○ Rücksprache
- ○ Rückgabe
- ○ Verbleib
- ○ Entscheidung
- ○ Unterschrift

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	für Sie zuständig/Hausapparat	Datum

Betrifft

Herzlichst

Ihr

Wolfgang Krüger

Mit freundlichem Gruß

RNK Verlags-Nr. 1700



Wahrer Anarchist

Grizzly Karl-Josef I. beim Ausbruch

Karl-Josef I., der Bär, gehörte zur Gattung der Grizzlies und hatte auch noch andere gute Eigenschaften. Die Kinder im Kölner Zoo mochten ihn, und die Erwachsenen bemühten sich, ihn so zu sehen wie die Kinder.

Am vorletzten Freitag aber hatte das friedliche Zooleben ein Ende: Karl-Josef fiel aus der Rolle. In seinem Gehege riß er einen Baumstamm aus der Verankerung, rollte das Holz, als wäre er nicht am Rhein, sondern am Yukon River in Alaska, in den begrenzenden Wassergraben. Anschließend kletterte er auf den schwimmenden Stamm und balancierte zur Freude der Zaungäste.

Was dann passierte, widerlegt den Tierforscher Alfred Brehm, der behauptet hatte, Bären seien „geistig wenig begabt" und sogar richtig „dumm".

Karl-Josef, der in Leipzig gebürtige Bär, nahm spielerisch die Mauer seines Geheges in Angriff. Er reckte seine vier Zentner auf 2,5 Meter empor und langte zum Sims der Betonwand. Der Grizzly zog sich empor, kriegte auch das über der Mauer befindliche Gitter zu fassen und hangelte sich darüber: Der Bär war los.

Die Freiheit schien ihn zu verunsichern. Der Bär wollte erkennbar in sein fast 1700 Quadratmeter großes Freigehege zurück – doch er wußte nicht, wie. Schließlich trottete er davon, platschte durch den Flamingo-Teich und machte sich auf den Weg zu den Kamelen. Nervös war er schon, aber richtige Hektik entfalteten nur die Menschen.

„Tier frei", ertönte es aus den Lautsprechern, „wir versammeln uns am Bärengehege." Gemeint waren die Pfleger, aber auch zahlreiche der 3000 Zoobesucher trabten heran. Zoodirektor Professor Gunther Nogge rannte los, um das Betäubungsgewehr zu holen. Wärter rüsteten mit scharfer Munition auf, ein Spezialeinsatzkommando der Polizei raste, 17 Mann hoch, Richtung Zoo.

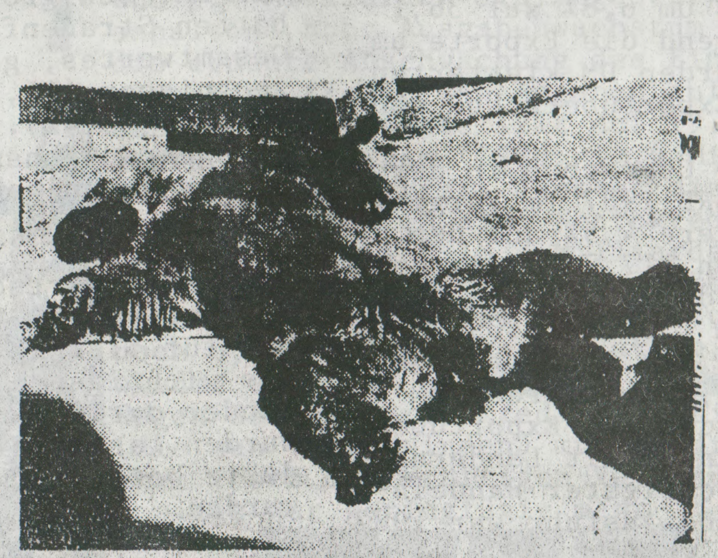
Karl-Josef, immer noch bei den Kamelen, wurde unruhig und galoppierte durch die Büsche. Ein Pfleger gab Karl-Josef die Kugel.

Zwischen dem Chef des Zoos und den trauernden Tierfreunden herrscht ohnehin eine gespannte Atmosphäre: Seit drei Jahren hat Zoodirektor Nogge das abträgliche Image, für das Verhältnis zwischen Mensch und Natur nicht das richtige Händchen zu haben.

Damals, im Oktober 1985, mußte der alte Schimpanse Petermann, 38, ein mensc...ergebener Zoo-Bewohner, dran glauben, als er gemeinsam mit Susi, 32, ausbüxte. Der verschreckte Affe biß seinerzeit seinen Herrn, den Chef Nogge, krankenhausreif und wurde gemeinsam mit Susi füsiliert.

Petermann hinterließ eine trauernde Gemeinde. Eine Kölner Fußball-Mannschaft, immerhin Deutscher Meister unter den alternativen Kickern, tritt seither unter dem Vereinsnamen „Petermann Stadtgarten" an. Der Affe sei, sagt Spielertrainer Rainer Osnowski, „auf dem Weg in die Freiheit gestorben". Als „einer der wenigen wahren Anarchisten in der politischen Larifari-Stadt Köln" habe Petermann die „linke Faust in den Abendhimmel gereckt, als er von hinten erschossen" wurde.

Die Petermann-Kicker ernannten Karl-Josef, der einen „zutiefst sympathischen Fluchtversuch" gemacht habe, zum Ehrenmitglied. Als Sechswochenamt soll für den Grizzly ein Abschiedsspiel stattfinden.



Prügelbär im Zoo

»Oma, ich gratuliere — du bist Zeuge«, meint trocken der nervenstarke sechsjährige Enkel Robin der Berlin-Besucherin aus Essen. Zusammen mit vielen entgeisterten Zoo-Bummlern sah die 62jährige am Sonnabend nachmittag, wie ein zorniger Braunbär den 23jährigen Tierpfleger Karsten Beyer mit seinen Tatzen bearbeitete und schwer an Hals, Schultern und Rumpf verletzte. Was sie erlebte, kann die Essenerin auch Stunden danach immer noch nicht glauben: »Ich sitze auf einer Bank an dem Spielplatz hinter dem Bärenfelsen, da sehe ich plötzlich, wie ein großer Bär hinter dem Wärter herläuft. Da nehme ich Robin und meine kleine Enkelin Rona und sage 'Kommt, wir gehen hin und gucken mal, wie der Mann mit dem Bären spielt.' Zu dem Zeitpunkt wußte ich ja nicht, daß der Mann schon in Not war. Das konnte ich erst erkennen, wie ich zur anderen Seite des Wassergrabens rumkam. Als ich auf der Höhe war, hatte der Wärter sich schon bis zu diesem Graben geflüchtet. Weiter oberhalb stand ein anderer Wärter, der hat immer mit einer großen Schippe auf den Bären eingeschlagen, aber der scheint das gar nicht [illegible]ben. Dann sind zwei junge Männer über den Zaun bis zum Rand der Brüstung rangelaufen und haben den Mann, der in seiner Verzweiflung ins Wasser gesprungen war, an beiden Armen rausgezogen.«

Den Namen des Übeltäters unter den vier Braunbären auf der Felsenanlage (ältester: Jahrgang 1928, jüngster: Jahrgang 1981) wollte der diensthabende Zoo-Assistent Dr. Peter Rahn indes auch gestern nicht verraten. Rahn: »Dann richtet sich der Volkszorn nachher gegen ein Tier, das im Grunde genommen gar nichts dafür kann, daß ein Mensch einen Fehler gemacht hat.« Der Tierpfleger habe es nämlich versäumt, genau genug nachzugucken, welche Bären in den Käfigen im Felsen und welche draußen auf der Freianlage davor waren. So sei der Bär überraschend aus einer Luke im Felsen gekommen, als der Pfleger gegen 14 Uhr das Gehege gerade zum Saubermachen betreten hatte. Der Zoo-Assistent: »Da gab es bei dem Tier dann vielleicht eine Schreckreaktion. Wenn Ihnen einer ins Kreuz fällt, drehen Sie sich auch um und latschen dem ein paar. Normalerweise sind Braunbären in der Gefangenschaft aber recht friedlich.«



Kapitalstrategien und Klassenkampf

EINZELHANDEL MELDET STÄRKSTES WACHSTUM SEIT 10 JAHRE

Der Einzelhandelumsatz ist in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres starker als jemals zuvor in den letzten 10 Jahren. Der Umsatz sei im ersten Halbjahr gegenüber dem Vergleichzeitraum des Vorjahres um 4,8% auf 272,4 Millarden DM gestiegen. Preisbereinigt entspreche dies einem Plus von 4,3%. Eine Umsatzzunahme in dieser Höhe war zuletzt 1977 erreicht worden.
Besonders stark legte der Automobilhandel zu, der seinen Umsatz um 6,2% steigerte. Beim Einzelhandel im engeren Sinne reichte die Umsatzentwicklung von plus 3,4% im Geschäft mit Textilien, Bekleidung, Schuhen sowie Lederwaren bis plus 8,3% im Handel mit Einrichtungsgegenständen.

Mehr Konsum auf Kredit

] Die Konsumkonjunktur wird wieder mehr mit Krediten finanziert. Nach der Bundesbank-Statistik steigerten wirtschaftlich unselbständige Privatpersonen, das sind überwiegend Arbeitnehmer, ihre Verbraucherkredite (ohne Wohnungsbau) im ersten Halbjahr 1988 um 3,6 Prozent auf 207,9 Mrd. DM. Im ersten Halbjahr 1987 hatten die Kredite um 2,6 Prozent auf 193,7 Mrd. DM zugenommen. Größten Anteil am Verbraucherkredit haben die Sparkassen mit 38,5 Prozent (erstes Halbjahr 1987: 38,3 Prozent). Banken gaben 31,7 (32,2) Prozent, Genossenschaftsinstitute 27,4 (27,3) und sonstige Institute 2,4 (2,2) Prozent der Kredite.

BRD AUßENHANDELBILANZ STEIGT WEITER

Die Wirtschaft der BRD erzielt im Handel mit anderen Staaten weiter steigende Exportüberschusse. Der Wert der Importe stieg im Juni gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 6,8% auf 36,1 Milliarden DM, während die Exporte um 19% auf 50,3 Milliarden DM kletterten. Das bedetet einen Exportüberschuß von 14,2 Milliarden DM.
Insgesamt stieg der Überschuß in der Handelsbilanz der BRD 1987 im Vergleich zum Vorjahr um weitere 4,5% auf den neuen Rekordwert von 117,7 Milliarden DM- Ausschlagebend dafür war ein Rückgang der Importe um 1,0% auf 409,7 Milliarden DM, während die Exporte sich nur um 0,2% auf 527,4 Milliarden DM erhöhten. Fast 53% des BRD-Exportüberschußes wurde im Handel mit Ländern dder EG erzielt. Wichtigster Handelspartener bei Ein- und Ausfuhr war 1987 Frankreich.
Im internationalen Maßstab war die BRD 1987 wieder das Land mit dem größten Export. Platz 2 und3 hielten die USA miot 455,2 und Japan mit 412,6 Milliarden DM. Den größten Anteil am BRD-Export hatten Straßenfahrzeuge mit 18,7% des Gesamtwertes, gefolgt von Maschinenerzeugnissen (15,3%) und chemischen Produkten (13,4%).
Im Agraraußenhandel hatte die BRD 1987 wieder einen hohen Einfuhrüberschuß, der mit 25,4 Milliarden DM allerdings geringer ausfiel als in den Vorjahren. Ernährungswirtschaftliche Güter wurden im Wert von 26,4 Milliarden exportiert und für 51,8 Milliarden importiert. Die wichtigsten Handelspartner waren Länder der EG und die USA. Aus den USA wurden fast dreimal so viel Agrarprodukte bezogen, wie dorthin geliefert wurden.



PRIVATISIERUNG BRACHTEN 6,6 MILLIARDEN DM IN BUNDESKASSE

Die BRD-Regierung hat mit dem Verkauf von Unternehmensbeteiligungen seit 1982 rund 6,6 Milliarden DM eingenommen. Der Bund trennte sich in dieser Zeit von 309 seiner ursprünglich 808 Unternehmensbeteiligungen. Damit lägen die Privatisierungserlöse deutlich unter denen in Grßbritanniern (75 Milliarden DM) oder in Frankreich (20 Milliarden DM). Allerdings sei das Privatisierungspotential des Bundes auch erheblich geringer, da es im Gegensatz zu diesen beiden Ländern in der BRD nach dem Krieg keine umfassende Verstaatlichungswelle gegeben habe.

BRD-REGIERUNG VERBUCHT ERNEUT HOHES DEFIZIT

Die gunstiger als erwartet verlaufende Konjunktur wird Bund, Ländern und Gemeinden nach Einschätzung von Bundesfinanzminister Stlotenberg in diesem Jahr Steuermehreinnahmen im Milliartdenhöhe bescheren. Er äußerte die Erwartung, daß die zusätzlichen Steuereinnahmen die Neuverschuldeung des Bundes in diesem Jahr "ein Stück unter 40 Milliarden DM" sinken ließen. Mit der Verabschiedung des Haushaltentwurfes 1989, samt Streichungen im Sozialbereich und Seuererhöhungen, erhofft sich die BRD-Regierung ein Defizit von 30 Milliarden DM.

NEUVERSCHULEDUNG DER BUNDESLÄNDER STIEG WIEDER HÖHER

Die Neuverschuldung der Bundesländer hat sich 1987 zum ersten Mal seit Jahren wieder kräftig erhöht und ist auf 13,7 Milliarden DM angewachsen.
Danach gaben die Länder insgesamt 252,3 Milliareden DM aus; das sind 3,9% mehr als im Vorjahr und 0,9 Milliarden DM mehr als in den Haushalten vorgesehen. Die Ausgabenrate des Bundes lag im Vergleich dazu bei 2,9%. Gleichzeitig flossen 232,9 Milliarden in die Länderkassen, 3,3% mehr als im Haushlatsjahr 1986 und 1,4 Milliarden als angesetzt. Das anhaltend hohe Ausgabenwachstum und die erneute Abschwächung des Einnahmenzuwachses ließen den Angaben zufolge das Ginanzierungsdefizit auf 19,4 Milirrden ansteigen (1986: 17,4 Milliarden). Dieses Defizit deckten die Länder überwiegend durch eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 18,7 Milliarden DM (1986: 16,8 Milliarden). Die Kreditfinanzierungsquote, die im Jahr zuvor noch 6,9% betragen hatte, stieg damit wieder auf 7,4% an.
Wegen der besseren Kreditkonditionen (die nun verschwinden) mußten die Länder aber trotz des kräftigen Verschuldungsansiegs nur geringfügig mehr an Zinsen zahlen.

FÜR FRAUEN TUT'S DIE HALBE ARBEITSLOSENKNETE AUCH!

Arbeitslose Frauen, die vorher voll beschäftigt waren und wegen der Betreuung ihrer Kinder nur noch eine Halbtagsbeschäftigung ausüben wollen, können auch nur das halbe Arbeitslosengeld beanspruchen. Das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, es sei nicht zwingend, die Geldleistung in vollem Umfang anch den vorausgegangenen Beträgen festzusetzen. Das Arbeitslosengeld gelte als Lohnersatz.

SELBER SCHULD: ARBEITSLOSE VERSCHENKEN VIEL GELD

Arbeitslose verzichten nach Schätzungen des DGB aus Unwissenheit und Scham auf jährlich bis zu einer Mrd. Mark an Sozialleistungen. Nur jedeR zweite Anspruchberechtigte nehme Sozialhilfe und Wohngeld tatsächlich in Anspruch. Der Sprecher des DGB beklagte, die neue Armut sei in den letzten Jahren weiter gestiegen. Nach neueren Untersuchungsergebnissen seien nahezu jede zweite ALLEINERZIEHENDE FRAU und jeder zweite Familienvater, der länger als ein Jahr arbeitslos sei, vershculdet. Im vergangenen jahr mußten die Arbeitsämter 157.000 Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse und gut 87.000 "freiwillige" Abtretungserklärungen von Arbeitslosen bearbeiten.



Bundesasozialgericht sprach

In einem "Musterproßez" hat das Bundessozialgericht in Kassel entschieden,daß das Arbeitsamt das **Arbeitslosengeld für 8 Wochen sperren darf**,wenn der/die Arbeitslose seine/ihre Arbeitslosigkeit " ohne wichtigen Grund selbst herbeigeführt hat".Davon ist nach der höchstrichterlichen Feststellung dann auszugehen, wenn der/die MalocherIn sein Arbeitsverhältnis selbst gekündigt oder durch eine Vereinbarung mit dem Boss aufgelöst hat.Damit wies das Bundessozialgericht in **letzter Instanz** die Klage eines türkischen Malochers ab,der bei einer Gebäudereinigungsfirma beschäftigt warund den Job durcheinen Auflösungsvertrag mit dem Arbeitgeber beendete,weil er für einige Zeit in die Türkei zurückkehren wollte.In der ersten und zweiten Instanz hatte er mit der Klage gegen die Sperrfrist Erfolg-aber nun ist es durch,Scheiße!

LAMBSDORFF (FDP): FRAUEN UND BEHINDERTE WEITER ENTRECHTEN

Der Skandalgraf Lambsdorff hat gefordert, im Interesse der Erwerbslosen(!) die Kündigungsschutzbestimmungen zu lockern. Zum Beispiel seien das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und der Kündigungsschutz für Behinderte unmittelbare Einstellungshemmnisse. Ähnliches gelte für die Ausgestaltung der Sozialpläne.
Ganz richtig vermutet Lambsdorff, daß seine Position in dieser Frage unpopulär sei und auf "wütenden Widerstand" stoßen werde.

IMMER MEHR WOLLEN IMMER WENIGER ARBEITEN

Immer mehr BundesbürgerInnen halten einer Meinungsumfrage zufolge eine umfassende Verkürzung der Arbeitszeit für ein gheeignetes Mittel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wie das Infas-Institut mitteilte, waren 43% der Befragten der Ansicht, daß damit neue Stellen geschaffen werden könnten. Weitere 41% sahen darin einen Weg zu verhindern, daß noch mehr Menschen arbeitslos werden. Nur 13% befürchten eine Verschlechterung der Beschäftigungssituation.

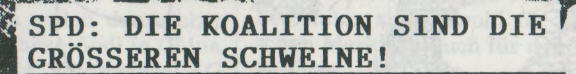
Geändert haben sich auch die Ansichten über die Form kürzerer Arbeitszeiten, die 35-Stunden-Woche hat mehr Anhänger gefunden. Ein früherer Ausstieg aus dem Berufsleben ist den Angaben zu folge jedoch nach wie vor am populärsten.

SPD WILL UNTERNEHMER KNUTSCHEN

Das Präsidiumsmitglied der SPD Peter Glotz (das ist der, der die Alternativen so liebt!) hat seine Partei aufgefordert, ihre wirtschaftspolitischen Strategien zu ändern und ein positives Verhältnis zu den Unternehmern zu entwickeln. Kurz vor dem Parteitag der Sozialdemokraten in Münster sagte Glotz, die alte Prognose, die ganze Wirtschaft werde konzentriert und von einem Unternehmer mit Zylinder und Zigarre dirigiert, habe sich als falsch erwiesen. Es gebe keine funktionierende Wirtschaft ohne unternehmende Unternehmer (hat er echt gesagt!) Glotz erklärte: "Gorbatschow hat das begriffen. Der entscheidende Punkt ist, daß sich die SPD ein positives Verhältnis zu diesen unternehmenden Unternehmern erarbeitet". Glotz weiter: "Wir haben sektorale Marktsättigung, wir haben Absatzschwierigkeiten internationaler Art. Und wir haben dadurch den Anreiz, die Geldvermögensbildung zu intensivieren und die Sachkapitalbildung zurückzufahren. All das verlangs neue Strategien in der Wirtschaftspolitik. Und da liegen die Defizite der SPD.

T-SHIRTS FÜR LEIHARBEITER

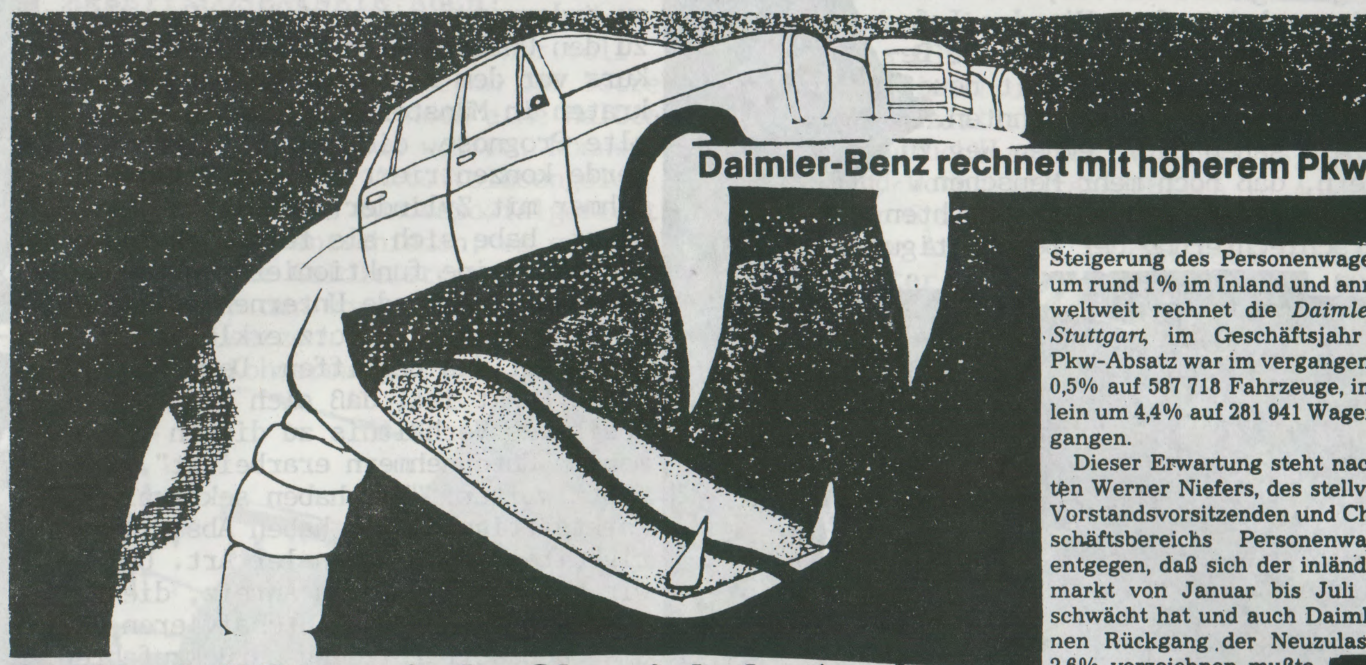
Die Not von Arbeitslosen wird nach Angaben des NRW-Arbeitsministers Heinemann von sogenannten Sub-Unternehmern immer wieder skrupellos ausgenutzt. Heinemann veröffentlichte in der vergangenen Woche die Bilanz der mobilen Einsatztruppe des Gewerbeaufsichtsamtes Duisburg, die seit zweieinhalb Jahren landesweit nach illegaler Leiharbeit fahndet. Bei ihren Untersuchungen haben sie unter anderem Leiharbeiter getroffen, die nur mit Naturalien entlohnt worden seien. Teilweise seien sie mit T-Shirts und mit Schrott bezahlt worden. Anderen Arbeitnehmern seien als Entgeld Kartoffeln und Schweinehälften angeboten worden. Die Bundesregierung, die die Leiharbeit erst richtig salonfähig gemacht habe, trage an dieser Entwicklung eine Mitverantwortung, meinte Heinemann.



SPD: DIE KOALITION SIND DIE GRÖSSEREN SCHWEINE!

Die Koalition plant nach Angaben der SPD eine Kürzung des Arbeitslosengeldes für jüngere Arbeitslose. Insgesamt wollten fas 1,3 Mrd. Mark bei den Arbeitslosen und Versicherten zur Finanzierung der Sturreform abkassiert werden. So sei vorgesehen, die Höchstanspruchsdauer auf Unterstützung für Arbeitslose unter 20 Jahren auf sechs Monate, die für 20 bis 25-jährige auf neuen Monate zu kürzen.Ferner seine massive Einschnitte in die Fortbildung und Umschulung vorgesehen. Man erwarte die Bekanntgabe dieser Entscheidungen anch der parlamentarischen Sommerpause.

AUTOINDUSTRIE · AUTOINDUST



Daimler-Benz rechnet mit höherem Pkw-Absatz

Mit einer Steigerung des Personenwagen-Absatzes um rund 1% im Inland und annähernd 2% weltweit rechnet die *Daimler-Benz AG, Stuttgart,* im Geschäftsjahr 1987. Der Pkw-Absatz war im vergangenen Jahr um 0,5% auf 587 718 Fahrzeuge, im Inland allein um 4,4% auf 281 941 Wagen zurückgegangen.

Dieser Erwartung steht nach den Worten Werner Niefers, des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden und Chefs des Geschäftsbereichs Personenwagen, nicht entgegen, daß sich der inländische Automarkt von Januar bis Juli 1988 abgeschwächt hat und auch Daimler-Benz einen Rückgang der Neuzulassungen um 2,6% verzeichnen mußte.

Zudem entwickelt sich nach Niefer der Absatz in den USA besser, als dies in Anbetracht des starken Dollarkursverfalls, der zu überdurchschnittlichen Preiserhöhungen gezwungen habe, und der Börsenkrise des vergangenen Jahres erwartet worden sei. Mit einem Absatzverlust von nur 3% hat Daimler-Benz dort im ersten Halbjahr unter den europäischen Importeuren am besten abgeschnitten. Anhaltend stark verläuft nach Niefer das Pkw-Geschäft im restlichen Westeuropa (+10% im ersten Halbjahr) sowie vor allem in Japan (+16%)

Daimler holt Bronze in der Olympiade der Autobauer

Chrysler und Ford an der Spitze — Volkswagen an zehnter Stelle

Unter den zwölf führenden Autoherstellern der Welt sind die US-Produzenten Chrysler und Ford finanziell am gesündesten. Erst mit weitem Abstand folgen Daimler-Benz, Toyota, BMW und Fiat. Zu diesem Schluß kommt eine von der weltweit tätigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen und dem Wirtschaftsmagazin „Capital" gemeinsam erstellte Analyse. Sie basiert auf einer nach Prioritäten gewichteten Gegenüberstellung von insgesamt zehn Kennziffern: Eigenkapitalquote, Liquidität, Schuldentilgungspotential, Wachstumsrate, Absatztempo, Investitionsquote, Umsatzrendite, Durchschnittsrendite, Eigenkapitalrendite und durchschnittliche Gesamtkapitalrendite.

Danach lag die Chrysler Corp. (Detroit) um 45,8 Prozent über dem Durchschnitt aller ermittelten Werte und hält damit eindeutig die Spitzenposition. Die Ford Motor Co. (Dearborn) kommt auf plus 39,8 Prozent. Der Stern der deutschen Automobilindustrie, die Daimler-Benz AG (Stuttgart), präsentiert sich mit 20,3 Prozent über dem Branchenschnitt auf dem dritten Rang und damit ebenfalls in ausgezeichneter Verfassung. Der größte japanische Autohersteller, die Toyota Motor Corp. (Toyota City), kommt mit plus 20,1 Prozent auf dem vierten Platz.

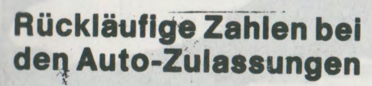
Der mit Abstand kleinste der angetretenen Autoproduzenten, die Bayerische Motoren Werke AG (München) bestätigt mit einem fünften Platz (plus 18,3 Prozent) — vor der Fiat S.p.A. (Turin) mit 16,8 Prozent — seine zur Zeit hervorragende Marktsituation auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Deutschlands größter Autoproduzent, die Volkswagen AG, muß sich dagegen mit einem nicht gerade ermunternden drittletzten Platz (minus 23,2 Prozent) zufrieden geben. Die Analyse macht die andauernde Ertragsschwäche des Wolfsburger Konzerns für dieses Ergebnis verantwortlich.



KONZENTRATIONSPROZE: IN REIFENINDUSTRIE SETZT SICH FORT

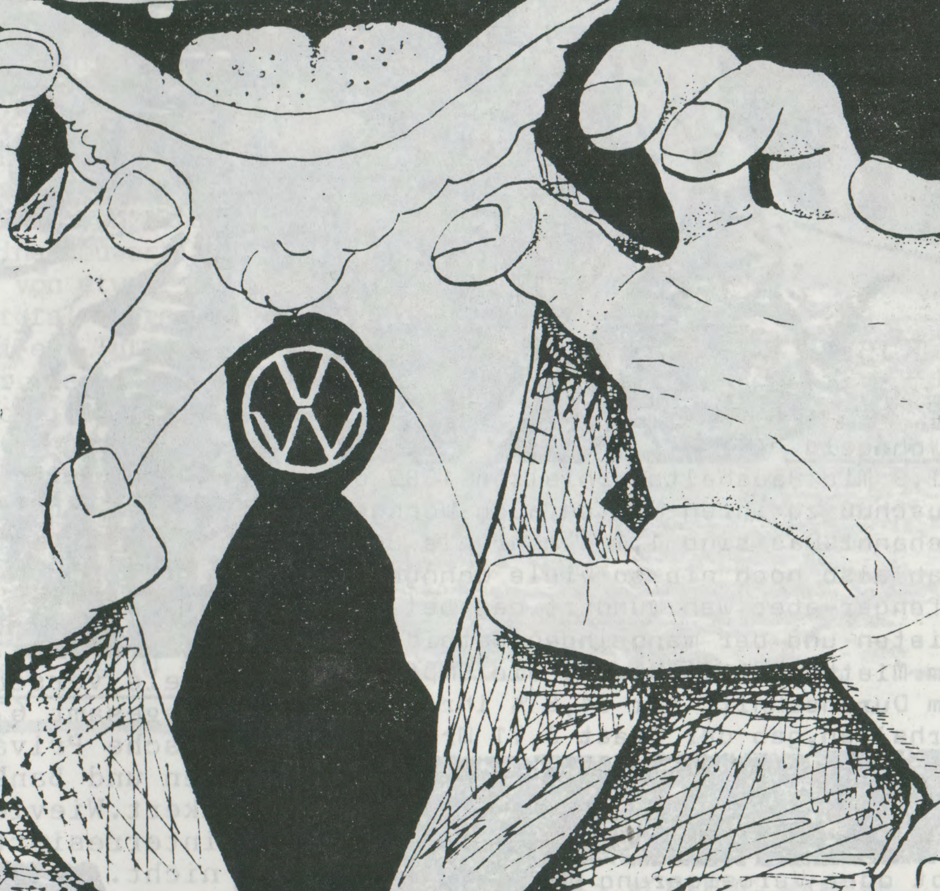
Im Konkurrenzkampf auf dem Reifenmarkt werden nach Ansicht von Goodyear-Präsident Robert Mercer am Schluß nur 3 oder 4 große Konzerne übrigbleiben. Der Chef des weltgrößten Reifenkonzerne sagte der Konzentrationsprozeß werde sich künftig in bescheidenerem Rahmen fortsetzen. "er ist zwar fast abgeschlossen, aber ich meine doch, daß sich noch einiges tun wird". Mercer meinte "daß Goodyear, Bridgestone und Michelin unter den Uberlebenden sein werden". Firmen wie Dunlop oder Pirelli müßten sich vielleicht noch einen Platz erobern, ohne Continental zu erwähnen. Goodyear denke im Moment nicht daran, weitere Firmen aufzukaufen, wolle aber neue Werke in Kanada und Südkorea errichten sowie die Kapazität der vorhandenen Produktionsstätten ausbauen.

Continental hatte im vergangenen Jahr nach dem Erwerb der amerikanischen Reifenfirma General Tire seinen Umsatz um 45% auf 5,1 Milliarden DM gesteigert. Für das laufende Jahr hat die Firma einen weiteren Zuwachs auf 7,8 Milliarden DM vorausgesagt. Goodyear erzielte 1987 einen Umsatz vom mehr als 18 Milliarden DM.



Rückläufige Zahlen bei den Auto-Zulassungen

Flensburg (Reuter) – In der Bundesrepublik Deutschland sind im Juli deutlich weniger Autos als im entsprechenden Vorjahrsmonat und Vormonat zugelassen worden. Das Kraftfahrtbundesamt teilte in Flensburg mit, im Berichtsmonat hätten 259 821 Kraftfahrzeuge erstmals die Verkehrserlaubnis erhalten. Das seien 13,7 Prozent weniger als im Juni und 12,9 Prozent weniger als im Juli 1987. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres seien 1,91 Millionen fabrikneue Fahrzeuge angemeldet worden, 2,7 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Unter den Neuzulassungen befanden sich nach Angaben der Behörde 1,713 (1,77) Millionen Personenwagen. Fast jedes dritte (30,6 Prozent) benzinbetriebene Fahrzeug habe die strenge US-Abgasnorm erfüllt.



Bundeswehr-Auftrag für Daimler-Benz und VW

Die Bundeswehr will 12 000 Mercedes-Geländewagen der *Daimler-Benz AG, Stuttgart,* sowie 8000 andere Autos und Transporter von der *Volkswagen AG, Wolfsburg,* kaufen. Wie der zuständige Sprecher im Verteidigungsministerium sagte, stehe diese „hausinterne Grundsatzentscheidung" noch unter parlamentarischem Vorbehalt. Die Beschaffungsvorlage werde im Herbst den zuständigen Bundestagsausschüssen zugeleitet. Den Wert des Auftrags wollte er nicht angeben. Dazu sei es noch zu früh. Der Mercedes-Geländewagen, der von 1989 bis 1995 an die Bundeswehr ausgeliefert werden soll, kostet in der geringsten Ausstattung etwa 50 000 DM.

Bei Opel sollen 5200 Arbeitsplätze wegfallen

fr – Bei der *Adam Opel AG, Rüsselsheim,* sind insgesamt 5200 Arbeitsplätze gefährdet. Die Düsseldorfer Beratungsgesellschaft McKinsey empfiehlt in ihrer dem Unternehmen inzwischen vorliegenden Gemeinkostenwertanalyse die Streichung von rund 2700 Planstellen, davon 1400 im Rüsselsheimer Stammwerk. Weitere 2500 der insgesamt 53 000 Arbeitsplätze könnten wegfallen, wenn Pläne zur Verbesserung der Fertigungstiefe verwirklicht werden und dadurch die Eigenfertigung von Vorprodukten wegfiele. Wegen der Personaleinsparungen stehen nun Gespräche mit dem Betriebsrat und mit Lieferanten an, sagte ein Opel-Sprecher.

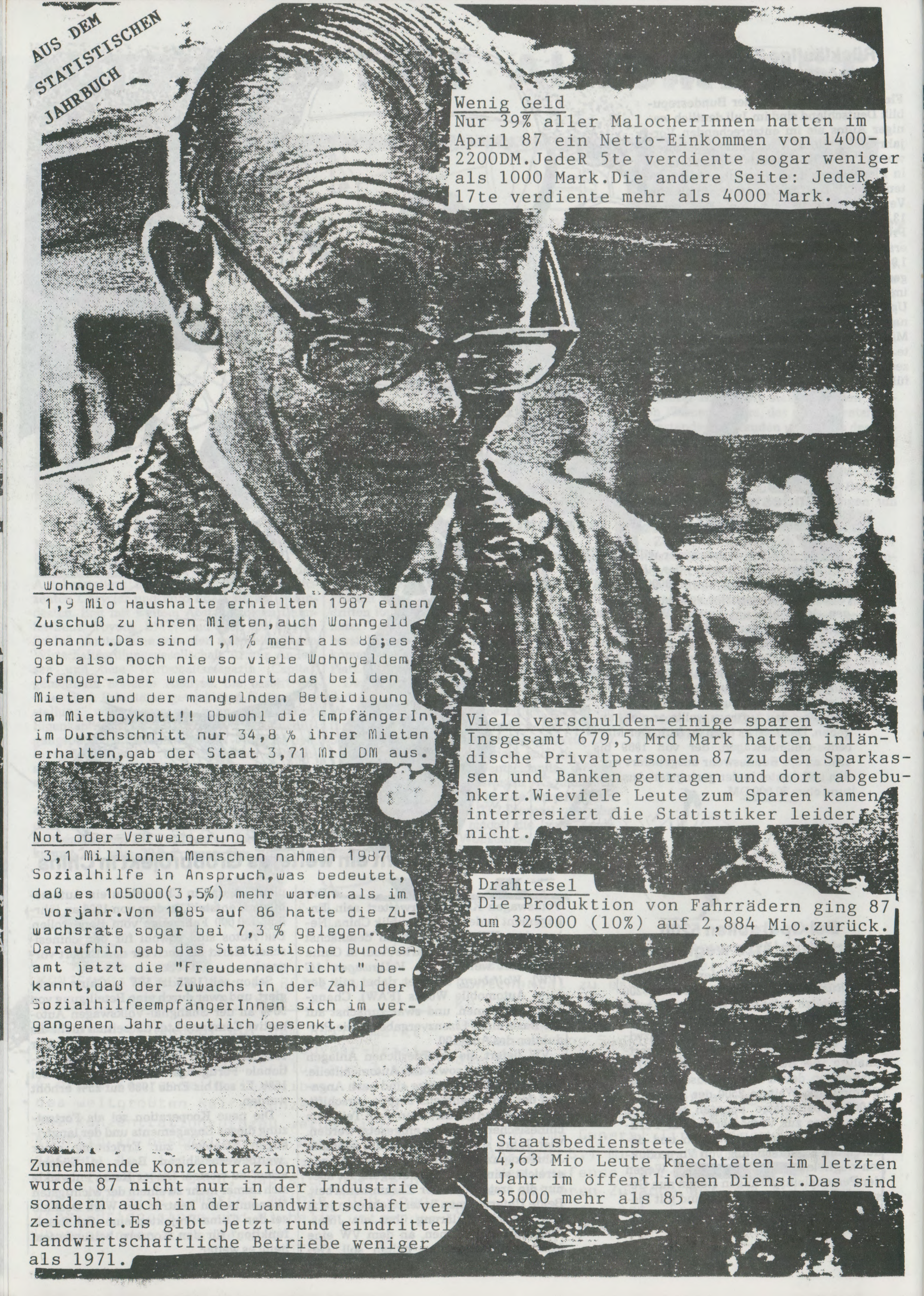
Volkswagen plant ein weiteres Großprojekt in China

Der Volkswagen-Konzern erweitert sein Engagement in der Volksrepublik China. Neben dem VW-Santana sollen demnächst auch Fahrzeuge der Marke Audi in China produziert werden. Die *Volkswagen AG (VW), Wolfsburg,* arbeitet dabei mit der First Automobile Works (FAW), Changchun, zusammen, und zwar zunächst auf der Basis einer Lizenzvergabe für die Produktion des Audi 100.

VW liefert die erforderlichen Anlagen und Werkzeuge sowie die Automobilteile. Die ersten 500 Teilesätze sind nach Angaben des Unternehmens bereits verschifft. Von Oktober 1988 an sollen auch Teile aus chinesischer Fertigung eingesetzt werden. Vier Jahre später, 1992, soll die geplante Jahreskapazität von 30 000 Fahrzeugen erreicht sein. Die Lizenzfertigung ist aber nur die erste Stufe der Zusammenarbeit. Beide Unternehmen unterzeichneten jetzt eine Absichtserklärung über ein Joint-Venture-Unternehmen, an dem VW eine Minderheitsbeteiligung halten soll. Geplant ist, daß in Changchun ein Automobilwerk entsteht, in dem von 1996 an jährlich 150 000 Fahrzeuge vom Band rollen. Die Autos sind sowohl für den chinesischen Markt als auch für den Export vorgesehen.

Schon seit 1985 ist VW in China engagiert, und zwar durch eine Beteiligung von 50% an der Shanghai-Volkswagen Automotive Company Ltd., die seither mehr als 32 000 VW-Santana produziert hat. Für 1988 sind 15 000 Santana geplant. Der nationale Fertigungsanteil liegt derzeit bei 15%. Er soll bis Ende 1988 auf 25% erhöht werden.

Die neue Kooperation sei als Fortsetzung dieses Engagements und der langfristigen Strategie zur Errichtung einer „wettbewerbsfähigen Basis in Südostasien" zu werten. Dieser Raum entwickle sich immer mehr zu einem der wichtigsten ökonomischen Zentren der Welt. Deshalb sei den China-Projekten eine „Schlüsselfunktion" für den Konzern beizumessen, heißt es weiter.



AUS DEM STATISTISCHEN JAHRBUCH

Wenig Geld
Nur 39% aller MalocherInnen hatten im April 87 ein Netto-Einkommen von 1400-2200DM.JedeR 5te verdiente sogar weniger als 1000 Mark.Die andere Seite: JedeR 17te verdiente mehr als 4000 Mark.

Wohngeld
1,9 Mio Haushalte erhielten 1987 einen Zuschuß zu ihren Mieten,auch Wohngeld genannt.Das sind 1,1 % mehr als 86;es gab also noch nie so viele Wohngeldempfenger-aber wen wundert das bei den Mieten und der mangelnden Beteidigung am Mietboykott!! Obwohl die EmpfängerIn im Durchschnitt nur 34,8 % ihrer Mieten erhalten,gab der Staat 3,71 Mrd DM aus.

Viele verschulden-einige sparen
Insgesamt 679,5 Mrd Mark hatten inländische Privatpersonen 87 zu den Sparkassen und Banken getragen und dort abgebunkert.Wieviele Leute zum Sparen kamen interresiert die Statistiker leider nicht.

Not oder Verweigerung
3,1 Millionen Menschen nahmen 1987 Sozialhilfe in Anspruch,was bedeutet, daß es 105000(3,5%) mehr waren als im Vorjahr.Von 1985 auf 86 hatte die Zuwachsrate sogar bei 7,3 % gelegen. Daraufhin gab das Statistische Bundesamt jetzt die "Freudennachricht " bekannt,daß der Zuwachs in der Zahl der SozialhilfeempfängerInnen sich im vergangenen Jahr deutlich gesenkt.

Drahtesel
Die Produktion von Fahrrädern ging 87 um 325000 (10%) auf 2,884 Mio.zurück.

Staatsbedienstete
4,63 Mio Leute knechteten im letzten Jahr im öffentlichen Dienst.Das sind 35000 mehr als 85.

Zunehmende Konzentrazion
wurde 87 nicht nur in der Industrie sondern auch in der Landwirtschaft verzeichnet.Es gibt jetzt rund eindrittel landwirtschaftliche Betriebe weniger als 1971.


ALTE MELDUNG, ABER WICHTIG:

Bei einem Brandanschlag auf zwei Baufahrzeuge an der Neubaustrecke der Bundestraße 33 zwischen Allensbach und Markelfingen am Bodensee ist vor zwei Wochen Sachschaden von über einer halben Million entstanden. Dir Kriminalpolizei Konstanz geht davon aus, daß dieses Attentat in Zusammenhang mit verschiedenen ähnlichen Anschlägen steht, die in der Vergangenheit im Bodenseeraum verübt wurden. Beim Weiterbau der Bodenseeautobahn A81 in Richtung Schweizer Grenze hatte es immer wieder Zwischenfällte gegeben, hinter denen die Polizei Gegner des Autobahnbaus vermutet. Ein Muldenkipper im Wert von rund 300.000 Mark sowie eine neuwertige Planierraupe im Wert von etwa 250.000 Mark seinen total ausgebrannt. Betroffen sei ein Tuttlinger Bauunternehmer, dessen Fahrzeuge auch Zielscheibe der bislang spektakulärsten Anschlagsserie im Kreis Konstanz waren. Dabei waren im Januar auf einen drei Kilometer langen Neubauabschnitt der A81 14 Baumaschinen mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angezündet worden. Der Schaden betrug mehr als 10 Mio. Mark.

NOCH WILDE EHEN

Nach Ansicht der Mainzer Professorin Schwenzer bestehen insbesondere im **Kindschaftsrecht** garvierende und mit dem vorhandenen Instrumentarium nicht zu lösende Probleme. Dies gelte schon für die rechtliche Zuordnung des Kides zu dem mit der Mutter zusammenlebenden Vater, wenn die Mutter zum Zeitpunkt der Geburt noch mit einem anderen Mann verheiratet sei. In diesem Fall gilt das Kind rechtlich als Kind des Ehemannes. Probelme ergäben sich ach wenn das Kind nichtehelich ist, dann stehe die elterliche Sorge für das Kind allein der Mutter zu. Im Kindschaftsrecht bestehe, so meint die Frau allen Ernstes, ein vordringlicher gesetzgebnerischer Handlungsbedarf.

SPD-RECHTSHEARING: ACHTUNG MÄNNER DAS MATRIARCHAT KOMMT WIEDER!

Mehr Rechtssicherheit für Ehen ohne Trauschein, vor allem für "wilde Ehen" mit Kindern, fordern SPD und zahlreiche Rechtsexperten. Bei einer zweitägigen Expertenanhörung zum Thema "Zusammenleben ja - Trauschein, nein" bezeichnete die stellvertretende SPD-Fraktionsvositzende Renate Schmidt die bestehenden Gesetze als unzureichend. Die "unangemessene Privilegierung der Ehe" ziehe sich wie ein roter Faden durch alle Steuer- und Leistungsgesetze. Im STeuerrecht müsse deshalb der **Tatbestand Kind** und nicht der **tatbestand Ehe** in dem Mittelpunkt gestellt werden. Schätzungen zufolge leben in der Bundesrepublik mindestens 2,5 Mio. Unverheiratete zusammen.

BOYKOTTIERT UND SABOTIERT " ISRAEL " !

wir rufen hier zum boykott " israels " auf. der boykott ist für uns eine konsequenz unserer solidarität mit den kämpfen der palästinenser um befreiung und selbstbestimmung und eins der mittel, den volksaufstand praktisch zu unterstützen. im folgenden wollen wir ihnen/euch schildern, warum wir zum boykott " israels " aufrufen. boykott heißt z.b. hier im supermarkt speziell keine jaffa-produkte wie grapefruits und orangen, carmel-produkte wie avocados und fruchtsäfte und hitchkok-fruchtsäfte zu kaufen, d.h. aber auch, keine reisen an die "schönen strände " israels " zu machen und keine arbeit im kibbuz zu leisten.



ZUR GESCHICHTLICHEN ENTWICKLUNG:

mit der gründung der ersten zionistischen siedlungen im jahre 1882 begann faktisch der kolonialisierungsprozess palästinas. das ziel der zionistischen bewegung war und ist, einen eigenem " reinjüdischen" staat in palästina zu errichten.
in der belfour deklaration, die 1917 veröffentlicht wurde, wurde das interesse undziel, eine " heimstätte für das jüdische volk in palästina " zu schaffen, grundlegend festgeschrieben. diese erklärung war (damals) ausdruck der interessenverpflechtung und zusammenarbeit zwischen dem zionismus und dem britischen kolonialismus. der hintergrund für die britische unterstützung war die ökonomische, politische und geostrategische bedeutung der arabischen region. ein zitat des britischen generalstabs unterstreicht nochmal dieses interesse: " die schaffung eines jüdischen pufferstaates in palästina, auch wenn dieser staat ansich schwach wäre, würde für großbritanien vom strategischen standpunkt aus, wünschenswert sein...". haupteckpfeiler dieser politik, übrigens genauso wie in südafrika, war/ist die rassistische politik der getrennten entwicklung, was heißt, daß die jüdischen einwanderer von anfang an wirtschaftlich und bezogen auf die wohngebiete von der palästinensischen bevölkerung getrennt wurden. obwohl sich das palästinensische volk schon damals mit allen ihm zur verfügung stehenden mitteln gegen die kolonialisierung seines landes wehrte, gelang es den zionisten, die von der britischen regierung und anderen imperialistischen kräften wirtschaftlich undmilitärisch gestärkt wurden, mittels vertreibung, terror und gewalt, den zionistischen staat " israel " aufzubauen.
im november des jahres 1947 verabschiedete die uno den ungerechten beschluß zur teilung palästinas. im darauf folgenden jahr, im mai 1948, erfolgte die gründung des zionistischen staates " israel ".

an der aggressiven expansion " israels " und der kolonialisierung palästinas durch die zionisten, hat sich bis heute nichts verändert. vielmehr hat sich die situation der palästinenserinnen und palästinensern in den besetzten gebieten noch verschärft. der raub palästinensischen bodens, verhaftungen, massaker und vertreibung der palästinensischen bevölkerung sind die tatsachen (praxis) der nach " groß israel " schreienden zionisten. auf welche art und weise sich die zionisten den palästinensischen boden aneignen, ganz klar landraub betreiben, wollen wir etwas genauer beschreiben. wichtig dabei zu berücksichtigen ist, daß dies auf mehreren ebenen gemacht wird. einmal auf dem " rechtstaatlichen " weg, d.h., daß israelische gesetze den landraub legitimieren. zum beispiel legalisiert ein gesetz die landnahme von " abwesenden ". wenn beispielsweise eine palästinensische familie in die flucht getrieben wird, gilt sie als abwesend und ihr haus und land wird beschlagnahmt. neben diesem gibt es noch viele andere gesetze, die den landraub verrechtlichen , gefälschte dokumente, manipulierte kaufverträge sind weitere betrügerische mittel der zionistischen siedlerungspolitik.
um den boden, der noch von der palästinensischen bevölkerung bewirtschaftet wird, unfruchtbar zu machen, wenden die zionisten vor allem auch wasserwirtschaftliche restriktionen an. in den zionistischen siedlungen werden tiefe brunnen gebohrt, was zur folge hat, daß durch den trichtereffekt die brunnen der palästinenserinnen austrocknen, oder der zugang zu den wasserstellen wird gesperrt.
noch ein beispiel: ein drittel des wassers, das die zionisten zu ihrer versorgung benötigen, kommt aus der westbank, sie bewässern 49,5% ihres bodens. demgegenüber können nur 4% der gebiete bewässert werden, die von der palästinensischen bevölkerung bewirtschaftet werden. desweiteren sind die auferlegten steuern- und pflichtabgaben bei der ausfuhr palästinensischer waren an den israelischen " staat" nichts weiter als ausplünderung. ziel dieser zwangsabgaben ist die zerstörung der ökonomischen grundlagen des palästinensischen volkes, das ja traditionell ein agrarland war und ist. das ziel der zionisten ist die vernichtung des palästinensischen volkes. in flüchtlingslager entrechtet und zusammengepfercht sollen die palästinenserinnen und palästinenser den zionisten solange noch als billige arbeitskräfte auf den plantagen und " israelischen " fabriken zur verfügung stehen.
" israel " alleine, ohne die konkrete unterstützung anderer imperialistischen staaten, hätte dem gerechten kampf der arabischen völker für selbstbestimmung und sozialismus nie standhalten können. eine große rolle spielen die beziehungen " israels " zur brd, die teil der eg und nato ist. nach den usa ist die brd zweitwichtigster handelspartner " israels " . high-tech-produkte und rüstungsgüter werden hierher exportiert, aber auch landwirtschaftliche produkte (jaffa-citrusfrüchte, hitchkok-säfte, carmel-obst und säfte,gemüse) und textilien (vor allem arbeits- und lohnintensive produkte).
die brd setzt sich dafür ein, daß sich auch der europäische markt insgesamt für agrarexporte aus " israel " öffnet. dies war auch verhandlungspunkt zwischen genscher als ratsvorsitzenden der eg und der "israelischen" regierung im januar '88. " israel " strebt, nach dem eg-beitritt spaniens und portugals, ein abkommen mit der eg an, welches die erhöhung seiner agrarexporte in die eg-länder garantiert, somit seine wirtschaft stabilisieren und folglich das staatsgebilde festigen will.
" israel " ist wirtschaftlich, politisch und strukturell vorallem eine militärbasis. der staat " israel " dient den imperialistischen staaten, die in eg und nato organisiert sind, als sprungbrett zur ausplünderung und unterdrückung der völker in der arabischen region. "israel " arbeitet heute in der aufstandsbekämpfung intensiv mit südafrika, guatemala, den contras und militärs in cile zusammen.

" israel " betreibt polizei- und militärausbildung, plant, koordiniert und unterstützt aufstände gegen sozialistische afrikanische staaten.
die brd ist eine der treibenden kräfte innerhalb der eg. für uns, die menschen in den westeuropäischen metropolen, bedeutet die verwirklichung des eg-projekts umstrukturierung (rheinhausen), entwicklung neuer technologien für die produktion und den krieg, flexibilisierung der arbeitszeit, schlechtere arbeitsbedingungen, europaweite ausgrenzung von arbeitern, arbeitslosen, sozialhilfeempfängern, studenten, alten und ausländischen menschen. neue strukturierung ganzer städte, höhere mieten durch altbauabriß. in bielefeld sind die stadthalle und der ostwestfalendamm nur zwei beispiele. umstrukturierung für industrie und bonzen. europaweite kontrollmaßnahmen, einheitlicher rechtsraum, rassistische ausländergesetze, die ganz europa für flüchtlinge aus der sogenannten dritten welt dicht machen sollen.
die palästinensische bevölkerung hat in dem nun schon seit 8 monaten andauernden aufstand eine neue phase der revolution erreicht. sie hat im kampf gegen den zionistischen " staat " israel ihre organisierung für die befreiung palästinas und den kampf gegen den imperialismus vorangetrieben. sie boykottiert zionistische einrichtungen z.b. fabriken, lebensmittel, schulen und versucht gleichzeitig die eigene lebensmittelproduktion zu verstärken, und eine eigene krankenversorgung aufzubauen. die einrichtung von volkskomitees sind geschaffene voraussetzungen für die weiterentwicklung des kampfes.
" solidaritätsstreik mit den weiblichen gefangenen. dem aufruf des 22. flugblatts der vereinigten nationalen führung des aufstandes folgend, trat die bevölkerung des ghazastreifens und der westbank aus solidarität mit den während der intifada gefangengenommenen frauen am freitag voriger woche in einen zweitägigen generalstreik, der das öffentliche leben zum stillstand brachte. es kam zu zahlreichen zusammenstößen mit der besatzungsmacht. der palästinensische rechtsanwalt walid fahoum bestätigte, daß 90 der 5000 seit dem beginn des aufstandes im dezember verhafteten frauen sind."
unser gemeinsames ziel heißt kampf gegen den imperialismus, für den befreiung .. die eigenen initiativen für die revolutionäre einheit, das ist sache für uns. dies kristalisiert sich im kampf um die zusammenlegung der gefangenen aus dem widerstand und der guerilla. mit dem bewußtsein, unsere ziele nur zusammen mit den gefangenen durchsetzen zu können. im kampf gegen ausbeutung, unterdrückung, isolation für die klassenlose gesellschaft kommen unsere kämpfe zusammen, für uns ist dies wunsch , perspektive und notwendigkeit. das drückt sich für uns , hier in der metropole, in dem versuch aus, die organisierung der revolutionären kämpfe zur front in westeuropa voranzutreiben. aus unseren bedingungen heraus, die hier durch warenverhältnisse untereinander, isolation, vereinzelung und entfremdung bestimmt sind . die patriachalen und kapitalistischen strukturen, die unsere entwicklung viel zu lange bestimmt haben, aufbrechen und in der kollektiven organisierung des widerstandes zur gegenmacht werden. das ist der boden- kampf gegen den imperialismus, im "herzen der bestie" - von dem aus wir uns mit praktischen initiativen proletarischen internationalismus erkämpfen wollen. proletarischer internationalismus ist das bewußtsein des gemeinsamen ziels, orientiert am weltweiten klassenkampf. hier in westeuropa, in palästina oder südafrika werden wir nur gemeinsam siegen.
wir rufen hier zum boykott " israels " auf, weil der boykott für uns eine konsequenz unserer solidarität mit dem kampf des palästinensischen volkes um befreiung und selbstbestimmung ist und eins der mittel, den volksaufstand praktisch zu unterstützen.

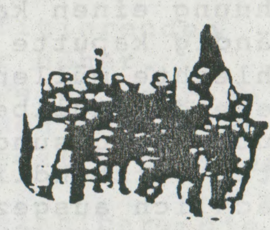
FÜR EIN BEFREITES PALÄSTINA !

DIE ZL DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND DURCHSETZEN!

FÜR DEN KOMMUNISMUS

Was ist los in der Reiche 114

endlich sind wir in die pötte gekommen was zur geschichte und situation in der reichenberger 114 zu schreiben.



seit jahren ist dieses haus spekulationsobjekt, wechselte von einer besitzerin zur anderen. höchstmöglichen profit suchten diese, indem sie modernisierung oder abriß durchsetzen wollten.
die beste taktik dies zu erreichen war daher für die spekulanten keinerlei notwendige reparaturen vorzunehmen um das haus langsam aber sicher verrotten zu lassen, aber gleichzeitig hohe mieten zu kassieren.
nachdem die frühere besitzerin, b. ziep, eine modernisierung des hauses wegen der ablehnung der mieterInnen nicht durchziehen konnte und schließlich im mai letzten jahres das haus verkaufte, wagte der neue eigentümer, albrecht weber, mariendorfer damm 187, 1 berlin 42, einen neuen modernisierungsantrag, der wiederum an unserem widerstand scheiterte.
diesmal wurde auch eine mieterInnenversammlung über den verein so 36 mit weber und s.t.e.r.n. (iba-altbau) abgehalten. dort sagten fast alle mieterInnen, daß sie eine modernisierung ablehnen und eine nicht-mietsteigernde instandsetzung fordern.



s.t.e.r.n. legte daraufhin (dieses jahr) ein mischkonzept (modernisierungs-instandsetzungskonzept - halb modernisieren und instandsetzen) vor, das durch senat (sanierungsverwaltungsstelle, wohnungsbaukreditanstalt wbk) finanziert werden soll.
dieses konzept, das auf den ersten blick gewisse zugeständnisse an uns beinhaltet, soll uns als das große geschenk verkauft werden.
während auf der einen seite wohnungen 'nur' instand gesetzt werden (innenklo, ofenheizung ...), sollen andere wohnungen strangweise zusammengelegt und modernisiert (kachelbad, zentralheizung, fensterdurchbrüche) werden.
zusätzlich wollen sie uns mit etwas ködern, das erstmal wie interne mietpreisbindung aussieht (zumindest für die instandgesetzten wohnungen).
das nach der mod.-ins. die einstiegsmiete (kalt) 4,40 dm pro qm betragen soll, pro jahr nur max. um 0,20 dm pro qm (plus betriebskostenerhöhung) gesteigert werden kann und angeblich, auf 15 jahre begrenzt, nicht über 5,70 dm pro qm steigen kann.
auch wenn weber absolut nichts am haus machen läßt, können die mieten aufgrund des weißen kreises horrend steigen. selbst über den betrag der im mod.-ins. programm gebundenen miete hinaus. damit wollen sie uns dazu bringen dies erstmal zu akzeptieren.



da es klar war, daß dies von uns abgelehnt wird, rief der verein so 36 nicht mehr zu einer mieteriInnenversammlung auf, sondern versuchte uns einzeln zu gesprächen einzuladen. diese einladungen wurden von fast niemandem befolgt.
zur vorbereitung der modernisierung setzt das bezirksamt umzugsprämien als köder aus, um die mieterInnen zum auszug zu bewegen und finanziert gleichzeitig den leerstand.

die prämie, aber zugleich auch der zustand des hauses,
- undichtes dach
- feuchte, schimmlige wände in den wohnungen
- wasserrohrbrüche und eingefrorene leitungen im winter
- marotte elektrische leitungen, welche in einer wohnung einen kabelbrand verursachten
- ständig kaputte treppenhausbeleuchtung
- schlechte müllentsorgung (monatelang rumliegender müllberg wurde mittlerweile wegen druck vom gesundheitsamt weggeschafft)

führten letztendlich dazu, daß einige mieterInnen tatsächlich ausgezogen sind.
zu diesem zeitpunkt war die organisierung im haus schon soweit vorangeschritten, daß es uns möglich war alle leerstehenden wohnungen zu besetzen.
unsere forderungen waren:
- keine räumung der besetzten wohnungen
- sofortige instandsetzung statt mod.-ins.-konzept
- keine duldung von leerstand

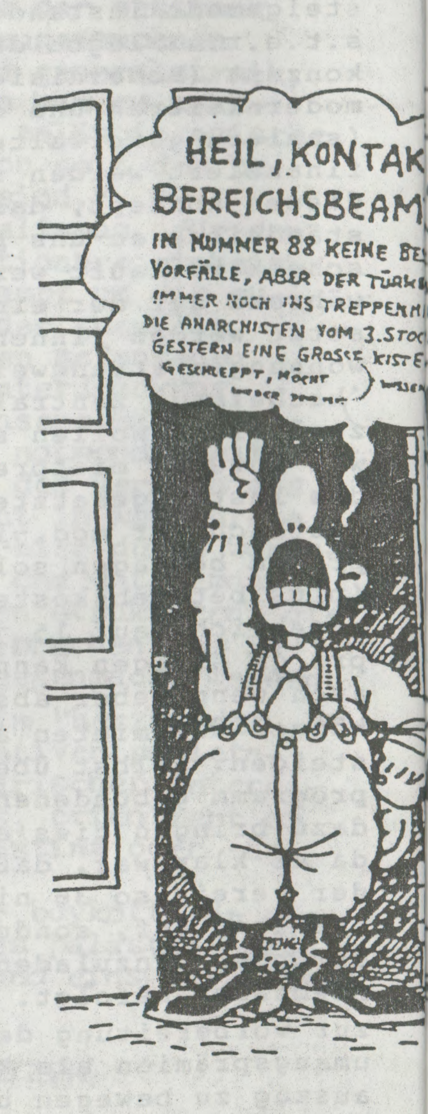
gleichzeitig haben etwa zwei drittel der mieterInnen kollektiv die miete gemindert und die restmiete auf ein sperrkonto eingezahlt.
auf die mietminderungen reagierte weber prompt.
- er kündigte die hauswartsstelle und -wohnung um einen blockwart zur kontrolle über das haus einzusetzen
- weitere kündigungen wegen mietrückständen
- strafanträge wegen sprühereien im haus
- für schäden im haus versucht er einzelne mieterInnen verantwortlich zu machen
- nicht akzeptieren der mietminderungen und des zurückbehaltungsrechts der geminderten miete

seit der abgabe der mietminderungen, als ihm klar geworden ist, daß wir uns im haus organisieren, haben wir öfter besuch von bullen und zivis, die rumschnüffeln.
am 1. august werden leute vom haus und die am haus befestigten transparente von zivis fotographiert.
am 2. august, morgens neun uhr, rücken sechs bullenwannen an. kripo, staatsschutz, spekulant weber, ein vertreter des vereins so 36 und die taz ließen auch nicht lange auf sich warten.
alle aufgänge im haus werden abgeriegelt. fünf von frauen besetzte wohnungen und eine wohnung, für welche schon seit jahren ein nutzungsvertrag existiert, werden aufgebrochen, durchsucht und geräumt.
gegen bewohnerInnen, die in den wohnungen angetroffen werden, wird durch weber strafantrag wegen hausfriedensbruch gestellt.
vier leute werden verhaftet, einer sitzt immer noch.
andere leute, die das haus betreten oder verlassen wollen, werden zur personalienfeststellung vorübergehend festgenommen.
am tag darauf setzten wir bei der sanierungsverwaltungsstelle und durch ein treffen mit dem spekulanten weber die zusage auf nutzungsverträge und die rücknahme der strafanträge durch,
woraufhin wir wieder in die wohnungen gegangen sind.
inzwischen haben wir die nutzungsverträge erhalten, welche als nutzungsgebühr die betriebskosten enthalten.



Rund 2000 Menschen demonst
qen.

Kiezdemo 14.11.8



einige tage später war auch bezirksschweinemeister krüger mit seinen gorillas im haus zur inspektion. leider haben wir es verpaßt ihn vor die tür zu setzen.



...rten gestern gegen Mieterhöhu... (Foto: ma

was für unser haus geplant ist, läuft schon längst in großem rahmen in ganz kreuzberg und in anderen stadtteilen ab.

die kiezstrategen und die davon profitierenden spekulanten treiben die mieten immer höher.
für viele von uns bedeudet das, entweder mehr zu arbeiten, mit weniger geld auszukommen oder sich der kontrolle und arbeitszwang des sozi's ausliefern zu müssen.
für manche werden die wohnungen unbezahlbar, die zahl der zwangsräumungen und obdachlosen steigt. schon jetzt ist ohne kohle (makler, kaution, abstand usw.) keine wohnung mehr zu haben.
es geht ihnen darum, im kiez sog. sozial gesunde schichten anzusiedeln, kreuzberg zu durchmischen. da wohnt dann plötzlich der steuerberater hans habgier in seiner luxusmodernisierten wohnung neben der soziempfängerin emma habenichts in ihrem 1-zimmer-loch.
leute mit völlig anderen lebensbedingungen sollen isoliert nebeneinander herwohnen.
uns werden immer mehr möglichkeiten genommen uns zu treffen und miteinander zu reden.
durch gezielte erhöhung der gewerbemieten können sich kleine geschäfte und billige kneipen nicht mehr halten.
aus dem tante emma laden an der ecke wird eine spielhalle, ein sexshop oder ein videoladen in dem rund um die uhr gewalt- und pornofilme ausgeliehen werden können. patriarchale herrschafts- und gewaltstrukturen nehmen immer krassere formen an.
konkurrenz und isolation ist die taktik der schweine.
ein zusammenkommen von menschen mit ähnlichen bedingungen, interressen und bedürfnissen soll verhindert werden.
über jahre gewachsene nachbarschaftliche beziehungen, eine starke hausgemeinschaft und kiezstrukturen sind immer ausgangspunkte für gegenseitige unterstützung und solidarisches handeln.
jedes zusammenkommen von menschen in ihrer gemeinsamen beschissenen situation, birgt in sich den keim von widerstand, der sich hier an vielen punkten entwickelt hat und immer weiter entwickelt wird.
davor haben die herrschenden am meisten angst und wollen uns durch verschiedene formen von repression und spaltung in den griff kriegen.



die umstrukturierung durch stadtplanung und modernisierungskonzepte ist ein teil der aufstandsbekämpfung.
in diesem zusammenhang begreifen wir das was mit der reiche 114 passieren soll.

wir finden es wichtig, aus unseren konkreten lebensbedingungen heraus, widerstand zu leisten, in den häusern und überall.
um uns erfolgreich gegen die menschenverachtende politik des senats, spekulantentum, zwangsräumungen usw. zu wehren, müssen wir uns in den häusern und der straße besser organisieren.
d.h. weitere häuserversammlungen, blockplenen und straßentreffen anzuleiern.
ein konkreter schritt ist für uns das straßenfest in der reiche am 20.august, wo wir zusammenkommen, infos austauschen, diskutieren und feiern wollen.

- sofortige instandsetzung der reiche 114
- her mit der reiche 63a
- zwangsräumungen verhindern
- die bauwägen bleiben, wo sie sind
- gegen räumungsterror und mietzwang
- leerstehenden wohnraum besetzen

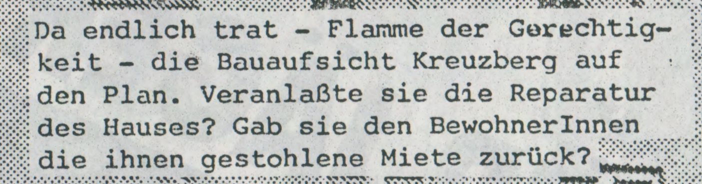
AUFRUHR , WIDERSTAND , DIE HÄUSER UND STRASSEN IN UNSERE HAND !



Flugie,

Miete zahlen - für wen ???





Viele fragen sich das. Damit ihnen die Staatsgewalt nicht die Möbel auf die Straße stellt, weil sie es nicht blikken sich gemeinsam zu wehren, malochen die MieterInnen fürs monatliche Schutzgeld. Beim Ausfüllen des Überweisungsformulars, wenn mensch dann schon wieder klein beigegeben hat, dann denkt mensch sich so, irgendein Sinn muß doch hinter dem unmenschlichen System stekken: Gewiß sind Mieten nötig, um davon unsere Häuser instand zu halten.

Und angenommen, die Eigentümerin läßt den Bau trotzdemverrotten? Dann gibt es, Göttin seis gedankt, ja unsere Bauaufsicht, die wird uns schon vertreten.

Wie ihm letztens einige Leute aus der Reichenberger 114 auf den Pelz rückten, da hat dieser Orlowsky, der Dicke mit dem Grinsen, unser alternativer B a u - s t a d t r a t , sich doch tatsächlich eingesetzt, hat für ein Wohnrecht bis zum Beginn der Modernisierungsarbeiten gestritten. Alles halb so schlimm also.

S c h a u n w i r u n s e i n w e i t e - r e s H a u s a n. Es steht gleich hier um die Ecke (Nicht sofort loslaufen. Schaut erst mal, daß sich genug Leute zusammenfinden, damit wir in größeren Gruppen gehen können).

Eigentümer Hans-Joachim Gertig türmt Müllberge auf Höfen und in Wohnungen. Er hat noch mehr Häuser in Kreuzberg unter seiner Fuchtel (etwa am Fränkelufer 30), auch die faulen vor sich hin. Besonders wüst sieht es in der

O b e n t r a u t s t r a ß e 6 9

aus (fast an der Ecke zur Möckernstraße). Hier litten im Dezember 86 die BewohnerInnen unter verstopften Öfen, zugigen Fenstern, Gestank auf dem Hof. Und zahlten Monat für Monat ihre Miete. Eines Tages ließ sich Gertig mal wieder im Hause blicken, was er selten zu tun pflegte. Am selben Tag hat es im leerstehenden Laden gebrannt. Das Löschwasser führte zur Sperrung der Elektroanlagen im Vorderhaus.

Da endlich trat - Flamme der Gerechtigkeit - die Bauaufsicht Kreuzberg auf den Plan. Veranlaßte sie die Reparatur des Hauses? Gab sie den BewohnerInnen die ihnen gestohlene Miete zurück?

Nein. Drei Tage vor Weihnachten fanden die Familien einen Schrieb vom Bezirksamt in ihren Briefkästen:"untersagen wir Ihnen, Ihre Wohnungen weiterhin zu benutzen, da Gefahr für Leib und Leben besteht". Ein Monat Lebensgefahr wurde den Leuten noch genehmigt, aber "sollten Sie dieser Anordnung bis zum 31.1.87 nicht nachgekommen sein, werden wir g e g e n S i e den unmittelbaren Zwang anwenden". "Hochachtungsvoll O r l o w s k y ,Bezirksstadtrat".

Vermittelte Herr Orlowsky neue Wohnungen? Umzugskosten, Mietausgleich?

Nein. Das Wohnungsamt vergab Wohnberechtigungsscheine. Die Leute durften sich - in Angst vor unmittelbarem Zwang - alleine auf die Suche nach ner neuen Bleibe machen. Sie werden inzwischen wohl in der nächst teueren/schlechteren Bude gelandet sein.

Heute dient der Innenhof der Obentraut 69 als Reifenlager. Das Wohnhaus steht leer.

Schluß mit dem Unsinn!

Wir pfeifen auf Eigentümer und Behörden. Laßt uns den M i e t b o y k o t t organisieren.

Es folgen drei Anlaufstellen für Aktivitäten gegen das Hauseigentumsunwesen:

* **Mietboykottinitiative** jeden ersten Donnerstag im Monat im "Kotti", 19 Uhr, Dresdener Straße 17 in 36
* **MieterInnengruppe im "Omega Wedding"**, Sparrstraße 21, Kontakt 453 70 23
* **Mietengruppe Neukölln** in der "Lunte", jeden Donnerstag 18 Uhr, Weisestr. 53

V e r g e ß t n i c h t d i e O b e n t r a u t . 6 9 !

Verteilt aufm Straßenfest der "Berliner Mietergemeinschaft" am 13.August in der Hornstraße. Vielleicht klappts ein andermal.
Die dort versammelten Massen mochten sich zu keiner Aktion aufraffen.

FÜR JÄGERInnen

Empfänge, Bankette, "Kultur"programm

Mo 26.9.88

10.30 Empfang für das Begleitpersonal
Ort: Kammermusiksaal der Philharmonie
(800 Pers.)

18.00 Empfang des Bundespräsidenten
für WB-Gouverneure und Ehefrauen
Ort: Schloß Bellevue
(550 Pers.)

20.00 Deutsche Oper
(1.900 Pers.)

20.15 Philharmonie
(2.200 Pers.)

So 25.9.88

19.00 Empfang des WB-Vorsitzenden für die Delegierten
Ort: Museum für Verkehr und Technik
(3.500 Pers.)

Mi 27.9.88

?? Senatsempfang im ICC
(4.600 Pers.)

...Schweine in der Oper...

Damenprogramm

Mo 26.9.88
10.30 Kammermusiksaal

Di 27.9.88
12.45 Charlottenburger Schloß
Empfang von Frau Stoltenberg & Frau Klein
anschl. 14.00 Spreefahrt
14.00-17.00 Ethnologisches Museum
Painting Museum Dahlem

Mi 28.9.88
9.00 Potsdam
Jagdschloß Grunewald
9.00 Charlottenburger Museum
Ägyptisches Museum
9.00 Pfaueninsel
9.00-12.30 Königlich Preußische Porzellanmanufaktur
10.00 Nationalgalerie
13.30 Martin Gropius Bau
13.30 Reichstag
14.00 Havel-/Wannseefahrt

Do 29.9.88
9.00 Martin Gropius Bau
Reichstag
10.00 Königlich Preußische Porzellanmanufaktur

& SAMMLER Außen



28.8. **So** 20 Uhr **Film** im EX : Der brodelnde Vulkan

20 Uhr Treffen vorm EX zur **Vorbereitung der nächsten Männerkiezküche,** dazu Diskussion u.a. über:**Macht/Herrschaft/Konkurenz/politisch-privat/2er Beziehungskisten und die Abhängigkeit von Frauen/**Welche Bedürfnisse werden mit Männern"befriedigt" und welche mit Frauen?Wer will und wo bleibt da 'ne Konkurenz??

16 Uhr Frauenkiezcafe im Falkeladen

30.8. **Di** 19 Uhr im EX **Veranstaltung für die Zusammenlegung d.pol. Gefangenen in Berlin W und BRD**, außerdem Vorstellung des 1. Aktionstages zur Zwangsarbeit im Knast,Infos zur Verlegung von G.Rollnick und A. Goder in die Plötze

Frauen Koordinationstreffen ist von Di auf Mi 31.8. **verlegt**

31.8. **Mi** 21 Uhr **Film im KOB** "Zusammenschnitte

5.9. **Mo** 20 Uhr **Frauen VV zur Knastkundgebung**,Ort??

8.9. **Do** **Knastkundgebung**

Veranstaltung für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in der BRD + West-Berlin



- ★ ehemalige Gefangene aus der Guerilla berichten
- ★ Infos zur Verlegung von Gabriele Rollnik + Angelika Goder in die Plötze
- ★ IWF ANGREIFEN!
  Vorstellungen zum 1. Aktionstag: « Zwangsarbeit im Knast »

Dienstag, 30.8. im EX, Mehringhof 19h

EIN ABEND OHNE IWF!

SOMMER-TANZ

am 26.8.88 im EX

INHALT:

ab 22^{00} film:
- das wunder von mailand
- und dann tanz bis....





